

ZUKUNFT  
KOMPETENZ  
BILDUNG WANDEL STAAT  
KULTUR MEDIEN GESELLSCHAFT JUGEND  
BILDUNG GESELLSCHAFT POLITIK  
GERECHTIGKEIT JUGEND DEMOKRATIE  
FREIHEIT MARKT BILDUNG  
BILDUNG ZUKUNFT  
TEILHABE SOLIDARITÄT  
GERECHTIGKEIT  
POLITIKZU  
BILDUNG GESELLSCHAFT  
DEMOKRATIE  
FREIHEIT WANDEL  
KOMPETENZ  
KULTUR JUGEND  
KUNFT GERECHTIGKEIT  
STAAT  
MEDIEN  
MARKT

# LERNEN FÜR SOZIALE DEMOKRATIE

Politische Bildung in der  
Friedrich-Ebert-Stiftung

**FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG**

# IMPRESSUM

## **Lernen für Soziale Demokratie**

Neuaufgabe 2010

Herausgeber:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Berlin und Bonn

Hiroshimastraße 17  
D-10785 Berlin

Godesberger Allee 149  
D-53170 Bonn

© 2010 Friedrich-Ebert-Stiftung

Lektorat:  
Dr. Stephan Schmauke

Gestaltung:  
Werbestudio Zum Weissen Roessl,  
Susanne Noé

Druck:  
Druckerei Brandt GmbH, Bonn



Die Friedrich-Ebert-Stiftung ist im Qualitätsmanagement  
zertifiziert nach EFQM (European Foundation for Quality  
Management): Committed to Excellence

Das Papier dieser Broschüre stammt aus nachhaltiger Forstwirtschaft und wird im  
Einklang mit dem Standard des Forest Stewardship Council (FSC) produziert.

# INHALT

▶	Vorwort	5
	Einführung	6
	Präambel	7
▶	<b>I Unser Leitbild</b>	8
	1. Soziale Demokratie	8
	2. Wertbindung und Offenheit	10
	3. Unsere Kernaufgaben	11
▶	<b>II Herausforderungen an die politische Bildung</b>	12
	1. Demokratie und politische Kultur im Wandel	12
	2. Gesellschaft im Wandel	17
	3. Wirtschaft im Wandel	20
	4. Globale Herausforderungen	23
	5. Konsequenzen für unsere politische Bildungsarbeit	26
▶	<b>III Politische Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe</b>	27
▶	<b>IV Unsere Ziele</b>	31
▶	<b>V Wen wollen wir erreichen?</b>	41
▶	<b>VI Arbeitsformen und Methoden</b>	50
	1. Planungsprinzipien	50
	2. Vier Säulen unserer Bildungsarbeit	53
	2.1 Politikvermittlung	54
	2.2 Lernprojekte	55
	2.3 Kompetenztrainings	58
	2.4 Politikberatung	59
▶	<b>VII Ergebnisse, Wirkung und Qualitätssicherung</b>	62
▶	Quellennachweis	70



## VORWORT



Die Demokratie bedarf zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung der Überzeugung und Zustimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Identifikation mit den Werten, Institutionen und Verfahren unseres demokratischen Systems wächst vor allem aus der Erfahrung, dass in seinem Rahmen die wesentlichen gesellschaftlichen Probleme fair gelöst oder doch zumindest besser bewältigt werden können als in jeder anderen politischen Ordnung.

Allerdings sind vielfältige Krisensymptome zu beobachten. Wo individuelles Handeln immer stärker auf private Nutzenmaximierung ausgerichtet ist, schwinden demokratische Tugenden und Gemeinwohlorientierung. Finanzmarktkrisen, wachsende soziale Ungleichheit sowie die Abkoppelung von Eliten erzeugen Politikverdruss und Demokratiedistanz. Die Demokratie ist auch gefährdet, wenn die Komplexität von Entscheidungen in einem international verflochtenen politischen System das Gefühl der Vergeblichkeit von Teilhabe erzeugt. Die Beteiligung an politischen Wahlen ist in Deutschland deutlich gesunken, die Integrationskraft der Volksparteien ist zurückgegangen und mancherorts ist eine Haltung „Demokratie – nein danke!“ zu beobachten.

Eine lebendige Demokratie kann aber nur bestehen, wenn alle Bürgerinnen und Bür-

ger sich verantwortlich, aber auch mit Aussicht auf Erfolg, am politischen Leben beteiligen können. Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente in der Demokratie, um auch unter schwieriger werdenden Bedingungen die Identifikation des Einzelnen mit seinem Gemeinwesen sowie die demokratische Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen. Sie zielt daher nicht lediglich auf zusätzliche Informationen, sondern vermittelt Orientierung und Qualifizierung für ein erfolgreiches gesellschaftspolitisches Engagement.

Mit politischer Bildung wollen wir gemäß unserer Wertorientierung die Idee der Sozialen Demokratie weiterhin in die Zukunft tragen und für das konkrete politische Engagement motivieren und befähigen. Politische Bildung als „Lernen für Soziale Demokratie“ bleibt somit eine zentrale Säule unserer inländischen Arbeit.

Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung  
Berlin und Bonn, September 2010



## EINFÜHRUNG



Mit der aktualisierten Neuauflage der Broschüre „Lernen für Soziale Demokratie“ stellt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre weiterentwickelte Konzeption und ihr Selbstverständnis politischer Bildungsarbeit vor.

Gegenüber der ersten Auflage waren die politischen, ökonomischen und kulturellen Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft und die Politik für Soziale Demokratie im nationalen wie internationalen Kontext steht, neu zu beschreiben. Entsprechend hat der Arbeitsbereich Politische Bildung unserer Stiftung seine Ziele, Inhalte und Methoden überarbeitet sowie den Kreis seiner AdressatInnen und Zielgruppen neu bestimmt. Dieser Erneuerungsprozess wurde auch angeregt durch die Ergebnisse eigener Forschungsprojekte zum Stand der Demokratie in Deutschland. Die Einführung eines systematischen Qualitätsmanagements sowie einer zielorientierten Projektplanung haben ihn begleitet und verstärkt.

Erneut legen wir in diesem Grundsatzdokument anhand unseres Leitbildes der Sozialen Demokratie unsere Wertbindung offen. Wir erläutern unsere Zielfindung unter Bezug auf die gesellschaftlichen Herausforderungen, die Erwartungen unserer AdressatInnen sowie die erforderlichen Kompetenzen für demokratische Beteili-

gung. Ebenso werden unsere wichtigsten Arbeitsformen und das breite Spektrum innovativer Methoden vorgestellt und mit Arbeitsbeispielen illustriert. Im Abschlusskapitel stellen wir Ergebnisse unserer Arbeit vor und reflektieren Anspruch und Grenzen von Wirkungskontrolle in der Politischen Bildung.

„Lernen für Soziale Demokratie“ ist ein Orientierungspapier für die hauptamtlichen, aber auch für die zahlreichen nebenamtlichen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Bildungsbereich der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zugleich präsentieren wir unsere Arbeit der interessierten Fachöffentlichkeit, einschließlich der Verantwortlichen für Politische Bildung in Parlament und Verwaltung. Wir verbinden damit weiterhin eine Einladung zu einer konstruktiven und kritischen Begleitung der Weiterentwicklung unserer Arbeit.

Dr. Roland Schmidt  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Berlin und Bonn, September 2010

## PRÄAMBEL

„Demokratie braucht Demokraten“ – dieses berühmte Wort Friedrich Eberts ist sein politisches Vermächtnis und bestimmt auch heute die Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Demokratie lebt von den Einstellungen, der Handlungsfähigkeit und der Handlungsbereitschaft ihrer Bürgerinnen und Bürger. Als Stützpfiler und wichtiges Instrument der Demokratie fördert unsere politische Bildungsarbeit das gesellschaftliche Engagement von Bürgerinnen und Bürgern. Unsere politische Bildungsarbeit fußt dabei auf den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie, der wir uns verpflichtet fühlen.

# I UNSER LEITBILD

## 1. SOZIALE DEMOKRATIE



Das Leitbild unserer Bildungsarbeit ist die Soziale Demokratie. Damit teilen wir das Grundwerteverständnis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Gewerkschaften als Teil der demokratischen Arbeiterbewegung. Soziale Demokratie beruht auf den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese bilden eine Einheit, sie sind gleichwertig und gleichrangig. Sie bedingen und begrenzen einander. In der Sozialen Demokratie bedeutet **Freiheit**, dass alle die Möglichkeit haben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen, und nur, wer über die notwendigen Ressourcen verfügt, kann von seiner individuellen Freiheit entsprechenden Gebrauch machen. **Gerechtigkeit** gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. **Solidarität** ist gleichermaßen Voraussetzung und Ziel Sozialer Demokratie, weil ein menschenwürdiges Leben für alle nur dann gewährleistet ist, wenn Menschen bereit und fähig sind, für andere einzustehen und einander zu helfen.

Soziale Demokratie basiert auf der Anerkennung aller Grundrechte, zu denen neben den bürger-



lichen und politischen auch die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen zählen. Mit den Menschenrechtspakten der Vereinten Nationen von 1966 haben die Grundrechte weltweit Gültigkeit erlangt. Soziale Demokratie erweitert und festigt die politische Demokratie durch soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Demokratisierung, soziale Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und internationale Solidarität.

Soziale Demokratie schafft die Voraussetzungen dafür, dass alle Bürgerinnen und Bürger ihre politischen Grundrechte und sozialen Teilhaberechte ohne Einschränkungen wahrnehmen und zur Entwicklung ihres Landes beitragen können. Sie erstrebt für alle Bürgerinnen und Bürger gleiche Lebenschancen und gleiche Mitspracherechte. Die soziale und ökologische Marktwirtschaft, der grundrechtsgestützte und auf dem Solidaritätsprinzip basierende Sozialstaat, gesellschaftliche und wirtschaftliche Mitbestimmung sowie eine aktive Zivilgesellschaft sind institutionelle Kennzeichen Sozialer Demokratie.

Soziale Demokratie ist im Alltag verwirklichte Demokratie für alle. Sie ist Demokratie als Lebensform und damit eine dauerhafte Aufgabe. Sie verlangt aktive Bürgerinnen und Bürger, die über die Fähigkeit und die Bereitschaft zum politischen Engagement und zur Gestaltung ihrer gesellschaftlichen Lebensverhältnisse verfügen. In einer globalisierten Welt fordert sie internationale Solidarität und faire Zusammenarbeit. In der Sozialen Demokratie gilt das Primat der Politik, auch die globalen Märkte müssen politischer Regulation unterliegen.

## 2. WERTBINDUNG UND OFFENHEIT

Politische Bildung, die sich an dem Leitbild Sozialer Demokratie orientiert, stützt sich auf klare Wertbindungen: Neben der Wertordnung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland sind dies vor allem die politischen und pädagogischen Normen aus der Tradition der demokratischen Arbeiterbewegung. In unserer pädagogischen Praxis vereinbaren wir Wertbindung mit sachlicher Rationalität und inhaltlich-methodischer Teilnehmerorientierung.

Wir sind Teil des demokratischen und weltanschaulichen Spektrums der Träger politischer Bildung in der Bundesrepublik. Sie alle wenden sich mit ihren jeweils spezifischen Wertprägungen und Angeboten an die Gesamtgesellschaft und fördern damit den Wettbewerb der gesellschaftlichen und politischen Kräfte um Ideen, Konzepte und praktische Lösungen. Wir sprechen mit unserer politischen Bildungsarbeit vor allem diejenigen Menschen an, die den Werten und Zielen der Sozialen Demokratie gegenüber aufgeschlossen sind, doch sind unsere Angebote grundsätzlich an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger gerichtet. Denn wir verstehen politische

Bildung – getreu dem Grundsatz der Verbindung von Engagement mit Offenheit – als einen Diskussionsprozess, in den auch widerstreitende Meinungen einfließen können und sollen.

Wir vertreten den „Beutelsbacher Konsens“ (1977) über die Grundlagen politischer Bildung in der pluralistischen Demokratie. Das heißt: Für unseren Bildungsauftrag gelten gleichrangig das „Überwältigungsverbot“ (Absage an jedwede Indoktrination), die Akzeptanz des kontroversen Charakters von Inhalten in der Bildungsarbeit (was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch beim Lernen kontrovers behandelt werden) und das Prinzip der selbständigen Interessenerkenntnis und Interessenvertretung der Teilnehmenden im Lernprozess.

Im Einklang mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verbinden wir unsere Orientierung an den Grundwerten der Sozialen Demokratie als einer gesellschaftlichen Strömung mit der rechtlichen und tatsächlichen Unabhängigkeit von der uns nahestehenden Partei.



### 3. UNSERE KERNAUFGABEN

Demokratie beruht auf Voraussetzungen, die durch Institutionen allein nicht garantiert werden können. Dazu gehört vor allem eine ihr gemäße politische Kultur, die aus der Identifikation der Bürgerinnen und Bürger mit den Werten der Demokratie und der Bereitschaft und Fähigkeit zu aktiver Beteiligung in Staat und Zivilgesellschaft erwächst. Diese Grundlagen der Demokratie zu stärken ist das Ziel unserer politischen Bildungsarbeit.

Wir fördern bürgerschaftliche und politische Kompetenzen, denn mit ihnen wachsen die Bereitschaft und die Fähigkeit, in der Demokratie Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Bürgerinnen und Bürger, die über solche Kompetenzen verfügen, sind über das politische Leben ihres Gemeinwesens informiert und für bürgerschaftliches und politisches Engagement qualifiziert.

# II HERAUSFORDERUNGEN AN DIE POLITISCHE BILDUNG

## 1. DEMOKRATIE UND POLITISCHE KULTUR IM WANDEL



### Demokratie

Wie steht es um die Demokratie? Diese Frage ist für die westlichen Demokratien nicht eindeutig zu beantworten. Einerseits erleben wir, dass demokratische Institutionen und Staaten formal häufig vollkommen intakt sind. Gesetze werden verabschiedet, Wahlen führen dazu, dass neue Regierungen ins Amt kommen und verbindliche Entscheidungen werden von Parlamenten getroffen. Andererseits nimmt das Vertrauen in die Demokratie immer weiter ab. Jüngere Untersuchungen zeigen beängstigende Befunde in Bezug auf die sinkende Wertschätzung der Demokratie in Teilen der Bevölkerung. Auch die Akzeptanz rechtsextremen und populistischen Gedankenguts hat besorgniserregende Ausmaße angenommen.

Es gibt vielfältige Ursachen für den Vertrauensverlust in die Demokratie und ihre Leistungsfähigkeit. Zunächst haben sich die Handlungsmöglichkeiten nationalstaatlich organisierter Demokratien in Zeiten der Globalisierung verändert. Nationalstaaten sind heute nicht zwingend schwächer als vor drei oder vier Jahrzehnten. Sie sind aber in wesentlich komplexere globale und transnationale Strukturen eingebunden und müssen wesentlich stärker dort agieren, wenn sie wirksame Entscheidungen durchsetzen möchten.



*„Der Staat ist kein Auslaufmodell. Ohne sein Gewaltmonopol ist die technische Zivilisation des 21. Jahrhunderts nicht lebensfähig. Er ist unentbehrlicher denn je.“*  
*E. Eppler, 2005: 211*

Des Weiteren fühlt sich ein Teil der Gesellschaft in mehrfacher Hinsicht abgekoppelt und durch die RepräsentantInnen des demokratischen Systems nicht vertreten. Außerdem führen die Ergebnisse politischen Handelns in Teilen der Bevölkerung zu einem Vertrauensverlust in demokratische Strukturen. Angesichts einer sinkenden Wahlbeteiligung kann man von einer Repräsentationskrise der Demokratie sprechen. Besonders diejenigen, die in Deutschland unter materieller Armut leiden, glauben mehrheitlich nicht an die verändernde Kraft demokratischer Politik.

PolitikwissenschaftlerInnen kritisieren darüber hinaus den wachsenden Einfluss starker Lobby-Strukturen und InteressenvertreterInnen. Sie können durch ihre Kapitalmacht demokratische Prozesse beeinflussen. Das Wesensprinzip der Demokratie – jede Stimme zählt gleich viel – wird so durchbrochen. Die Privatisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge haben den staatlichen Gestaltungsspielraum zusätzlich eingeschränkt. Wenn der Staat nicht mehr in der Lage zu sein scheint, die Gesellschaft zu gestalten und die Lebensbedingungen seiner Bürgerinnen und Bürger zu ver-

bessern, sondern eher als Krisenmanager agiert, sinkt das Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit. Interesse und Engagement für Demokratie nehmen ab.

---

### **Staat, Markt, Bürgergesellschaft**

---

Der demokratische Rechtsstaat ist Grundlage und Voraussetzung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Sie ist ohne die durch den Staat garantierte Rechtssicherheit nicht vorstellbar. Der Staat gewährleistet die Mitentscheidung jedes Einzelnen in der Demokratie. Der Markt ist auf die staatlich geregelte Vertrags- und Eigentumssicherheit angewiesen, öffentliche Güter wie Bildung oder Infrastruktur können nur durch den Staat gewährleistet werden. Sozialer Ausgleich und gesellschaftliche Teilhabe können durch keine andere Instanz als den Staat umfassend ermöglicht werden.

Zugleich sind staatliche Strukturen und Institutionen seit drei Dekaden unter Druck eines marktradikalen Diskurses. VertreterInnen dieser Strömung begreifen Wettbewerbsfähigkeit als Wert an sich und betonen, dass der Staat eher Probleme verur-

sache als löse. In der Folge dieser Debatte wurde in den vergangenen Jahrzehnten versucht, den Staat auf einen „Marktstaat“ zu reduzieren. Dort werden die BürgerInnen zu bloßen KundInnen herabgesetzt und die zentrale Aufgabe des Staates ist die Gewährleistung des Wettbewerbs auf möglichst deregulierten und entgrenzten Märkten.

Jenseits solch eindimensionaler Denkmuster geht es heute darum, die Handlungsfähigkeit des Staates zu stärken, um die materielle, gesellschaftliche und politische Teilhabe aller zu ermöglichen. Neben dem Staat sind der Markt und die Bürgergesellschaft wichtige Größen zur gesellschaftlichen Entwicklung.

Der Staat prägt die Gesellschaft insgesamt. Er ist aber nicht in der Lage, komplexe Gesellschaften insgesamt zu steuern. Hierzu bedarf es der Arbeitsteilung mit Markt und Bürgergesellschaft. Politisch eingebettete Märkte können Güter effizient verteilen und Produktivität entfachen. Die Bürgergesellschaft kann lebensnah und problemgerecht Lösungen finden und realisieren, die dem Staat nicht gelingen. Die empirischen Befunde zur Bürgergesellschaft sind ermutigend: Bürgerschaftliches Engagement ist in Deutschland vielfältig und findet auf hohem Niveau statt. Durch freiwilliges und selbstorganisiertes Handeln von Bürgerinnen und Bürgern zu gemeinwohlorientierten Zwecken entsteht so eine wichtige und

notwendige Ergänzung zu staatlichem und unternehmerischem Handeln. Mit unseren Bildungsangeboten stärken wir bürgerschaftliches Engagement, etwa durch die Qualifizierung von Engagierten in der Zivilgesellschaft.

---

### Parteiensystem im Wandel

---

Die Bedeutung der Volksparteien ändert sich. Konnten die beiden großen Volksparteien in den 1960er und 1970er Jahren noch zwischen 85 und 90% der Wählerstimmen auf sich vereinigen, ist ihr Stimmenanteil inzwischen deutlich gesunken. Damit einher geht ein – im europäischen Vergleich typischer – Bedeutungszuwachs von kleineren Parteien. Die Ausdifferenzierung des Parteiensystems schwächt die Integrationskraft der am Gemeinwohl orientierten Volksparteien. Auf Teilinteressen ausgerichtete und populistische Kräfte gewinnen an Zustimmung. Für die Politik bedeutet das, dass sich der Ort für politische Willensbildung und Aushandlungsprozesse verlagert. Fand beides früher in den großen Volksparteien statt, erleben wir nun, dass sich die Aushandlung von Konflikten häufig in die Regierungsbildung und oft sogar in die Regierungsarbeit selbst verlagert.

Als parteinahe Stiftung haben wir die Entwicklung des Parteiensystems besonders im Blick. Wir fördern und ermöglichen Dis-



kurse über die verfassungsgemäße Rolle der politischen Parteien und die Zukunft der Parteiendemokratie.

---

### **Professionalisierung von Politik**

---

Die Anforderungen an Politik wachsen. Die Politik ist mit einer immer komplexeren und ausdifferenzierteren Gesellschaft in einer zunehmend verflochtenen Welt konfrontiert. Entscheidungen werden immer schneller getroffen und oft nahezu zeitgleich öffentlich kommuniziert und diskutiert. Zugleich wachsen die Herausforderungen. Heute geht es nicht nur um gesellschaftliche Integration und Teilhabe; nicht weniger als die Existenzgrundlagen unseres Lebens sind heute Gegenstand der Politik. Vor dem Hintergrund wachsender Anforderungen ist eine Professionalisierung der Politik nicht überraschend. Zunehmend werden politische Mandate von Menschen übernommen, die kaum berufliche Erfahrungen außerhalb des politischen Betriebs sammeln konnten. Diese Entwicklung ist ambivalent. Einerseits ermöglicht sie, dass politische Entscheidungen mit hoher Kompetenz getroffen werden. Andererseits wächst die Herausforderung für politische EntscheidungsträgerInnen, immer wieder Anknüpfungs- und Bezugspunkte zu den realen Lebenswelten der Menschen herzustellen. Die Notwendigkeit zur Vermittlung zwischen Politik und Gesellschaft steigt.

---

### **Neue Engagementformen**

---

Die Formen, in denen sich Menschen in Politik und Gesellschaft engagieren, wandeln sich. Die Sozialwissenschaften stellen fest, dass Bürgerinnen und Bürger sich zunehmend punktuell und themenspezifisch engagieren. Die Bereitschaft und die Möglichkeiten zur langfristigen Bindung – von der Wiege bis zur Bahre – an eine Partei oder eine Gewerkschaft nehmen ab. Zugleich entstehen neue Engagementformen etwa im Bereich neuer sozialer Bewegungen, der NGOs und der Genossenschaftsbewegungen. Das Internet bietet enorme Chancen der Beteiligung. Menschen aus unterschiedlichsten Kontexten können sich hier schnell und zielgenau zu politischen Aktionen und Meinungsbekundungen zusammenfinden. Online-Petitionen sind nur ein Beispiel dafür. Der Kontakt mit Entscheidungsträgerinnen und -trägern ist unkompliziert möglich. Die politische Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) unterstützt diese Engagementformen mit dem Ziel, von Politik Betroffene zu an Politik Beteiligten zu machen. Dabei ist es uns besonders wichtig, alle Schichten der Bevölkerung anzusprechen.

---

### **Medien und Öffentlichkeit**

---

Demokratie ist ohne Öffentlichkeit nicht zu denken. Um so wichtiger ist es, den sich abzeichnenden neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit zu beobachten. Das

Internet ist ein Treiber dieses Wandels. Als ein Allzweckssystem mit immer komplexer werdender Architektur werden im Netz soziale, kulturelle, politische, berufliche und persönliche Dimensionen verknüpft. Unter der Chiffre Web 2.0 vollzieht sich die Entgrenzung der Rollen von Informations-Konsumierenden und Informations-Produzierenden. Das unterschiedliche Verständnis von „Freiheit im Netz“ wirft neue Debatten, z. B. über die Zukunft der Privatsphäre, das Urheberrecht und den Jugendschutz, auf.

Moderne Technologien und ein zunehmender Wettbewerbsdruck haben auch im Bereich der Massenmedien zu einer Beschleunigung geführt. Das verstärkt die grundsätzlich verschiedenen Logiken von Politik und Medien: Während politische Prozesse oft komplex und langwierig sind, weil sie im Idealfall alle Aspekte und Be-

teiligten in einen Entscheidungsprozess einbinden, sind Medien an Komplexitätsreduktion und schneller Berichterstattung interessiert. Eine hintergründige, aufwändige und verstehende Darstellung von Politik in den Medien wird so schwieriger. Politik wird in Medien entsprechend oft auf den Wettbewerb zwischen Einzelpersonen oder auf zwischenmenschliche Aspekte reduziert. Eine schleichende Entpolitisierung der öffentlichen Debatte ist eine mögliche Konsequenz dieser Entwicklung. Sich ständig weiterentwickelnde Informationstechnologien erlauben aber auch die umfassende, zielgenaue und detaillierte Information Einzelner. Die Vermittlung von Medienkompetenz bei Bürgerinnen und Bürgern sowie die Qualifikation von Journalistinnen und Journalisten ist Teil unserer politischen Bildungsarbeit. Schließlich sind Medien und eine lebendige öffentliche Debatte elementare Bestandteile der Demokratie.



## 2. GESELLSCHAFT IM WANDEL

In modernen, globalisierten Gesellschaften verändern sich die Formen der Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben und der Verlauf von Erwerbs- und Bildungsbiographien schneller und sind individueller als in früheren Zeiten. Wo Erwerbs- und Einkommensverhältnisse flexibler und zunehmend auch prekärer werden, geraten immer mehr Menschen in Gefahr, dauerhaft an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden. Die zentrale Funktion des Sozialstaates wird daher noch wichtiger: Er muss dafür Sorge tragen, dass soziale Sicherheit und die Durchlässigkeit der Gesellschaft auch im Wandel gewährleistet sind.

---

### Bildung

---

Die Weiterentwicklung des Bildungssystems ist eine Schlüsselaufgabe, um Chancengerechtigkeit, soziale Inklusion, wirtschaftliche Dynamik und Teilhabe in einer dynamischen und durch Zuwanderung geprägten Gesellschaft zu gewährleisten. Bildung eröffnet Chancen auf Arbeit sowie auf gesellschaftliche und demokratische Teilhabe, sie befähigt zu Selbstbestimmung und Verantwortung. In einer sich rasch verändernden Gesellschaft wird lebensbegleitendes Lernen zur Notwendigkeit und gleiche Bildungschancen für alle zu einer sozialen Frage – in den Kindertagesstät-

ten, in der Schule, an den Hochschulen, in der beruflichen Bildung. Bildung stärkt die Persönlichkeit und befähigt zu Toleranz und Selbst- und Fremdvertrauen. Sie liefert Chancen und Orientierung für den eigenen Lebensweg.

---

### Gesellschaftliche Integration

---

Ausgrenzung, soziale Desintegration, fehlende Teilhabe am wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben sind Ausdruck von Entsolidarisierung in unserer Gesellschaft – ebenso wie wachsende Armut, die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich und die Gefahr für ganze Schichten und Milieus, dauerhaft abgehängt zu werden. Soziale Integration und die Möglichkeit, eigenen Aufstiegswillen in einer durchlässigen Gesellschaft umsetzen zu können, brauchen gleiche Bildungs- und Erwerbschancen für alle. Verteilungsgerechtigkeit ist ein wichtiges Prinzip im vorsorgenden Sozialstaat, dessen übergeordnete Aufgabe die Integration aller Menschen in die Gesellschaft ist. Soziale Integration ist nicht zuletzt in einer Zuwanderungsgesellschaft von besonderer Bedeutung und Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen am politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben. Zugleich müssen Ängste vor kultureller Heterogenität ernst genommen und

in geeigneter Form auch in der politischen Bildungsarbeit aufgenommen werden.

---

### **Demografischer Wandel**

---

Ein wichtiger Faktor struktureller Veränderungen in vielen Bereichen der Gesellschaft ist der demografische Wandel. Mit einem sich verändernden Altersaufbau der Gesellschaft bei gleichzeitigem Bevölkerungsrückgang gewinnt das Prinzip der Generationensolidarität wachsende Bedeutung für eine am Grundwert der Solidarität orientierten Politik. Von der Finanzpolitik, der Alterssicherung, dem Gesundheits- und Pflegesystem bis zu den Auswirkungen des demografischen Wandels auf Arbeitsmarkt, bürgerschaftliches Engagement, Wohnen, Freizeit und Kultur – mit Blick auf die solidarische und gerechte Gestaltung der Gesellschaft werden Fragen in nahezu allen politischen und sozialen Bereichen neu aufgeworfen.

---

### **Pluralisierung von Lebensentwürfen**

---

Pluralismus und stetiger Wandel sind Kennzeichen moderner Gesellschaften. Persönliche, politische und religiöse Identitäten, Lebensstile und Wertvorstellungen sind in hohem Maße individuell, vielfältig und flexibel. Und dies nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb verschiedener Generationen und Milieus. Die Individualisierung der Lebensentwürfe hat zur Pluralisierung von Lebensformen geführt – dies

betrifft nicht nur politische und soziale Milieus, sondern auch persönliche Entscheidungen und partnerschaftliche Bindungen. Veränderte Beziehungsformen und Familienstrukturen wie Singlehaushalte, Patchworkfamilien und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sind längst Alltag in unserer Gesellschaft geworden. Die Gleichstellung aller Lebensentwürfe entspricht den Grundwerten Sozialer Demokratie.

---

### **Gleichstellung der Geschlechter**

---

Dies gilt neben den individuellen Lebensformen nach wie vor auch für die Gleichstellung von Männern und Frauen. Rechtliche Gleichstellung ist noch keine tatsächliche, insbesondere in der Berufs- und Arbeitswelt bestehen alte Ungleichheiten unverändert fort: Bei den Karrierechancen, der Entlohnung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Frauen nach wie vor deutlich benachteiligt. Den veränderten gesellschaftlichen Lebenswirklichkeiten entsprechen auch veränderte familiäre Konstellationen: Familie ist überall dort, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen – als Alleinerziehende, als gemischt- oder gleichgeschlechtliche Eltern, als kinderlose Paare oder auch als Pflegenden von Freunden oder Familienangehörigen. Neben die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf tritt zunehmend auch die Herausforderung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf.



## PRAXISBEISPIEL

### STUDIE:

### „DAS NORWEGISCHE EXPERIMENT – EINE FRAUENQUOTE FÜR AUFSICHTSRÄTE“

Geschlechtergerechtigkeit, Teilhabe und Partizipation gehören zu den Grundsatzfragen der Demokratie. Jedoch zählt Deutschland mit einem nur 10%igen Frauenanteil in Aufsichtsräten deutscher Unternehmen im internationalen Vergleich zu den Schlusslichtern. Für politische EntscheidungsträgerInnen stellt sich daher die Frage, ob eine gesetzlich vorgeschriebene Quote notwendig ist, um den Frauenanteil in Aufsichtsräten oder Vorständen zu erhöhen, oder ob weiterhin auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft gesetzt werden soll. In der Studie „Das norwegische Experiment – eine Frauenquote für Aufsichtsräte“ wurden daher die Erfahrungen Norwegens wissenschaftlich ausgewertet, das 2003 als erstes Land der Welt eine gesetzliche 40-Prozent-Frauenquote für Aufsichtsräte eingeführt hat. Mit Blick auf die entsprechenden Erfolge Norwegens warben bei der öffentlichen Präsentation der Studie Vertreterinnen aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Wissenschaft für ein breites gesellschaftliches und parteiübergreifendes Bündnis, um eine gesetzliche Frauenquote für das Topmanagement auch in Deutschland auf den Weg zu bringen.

### 3. WIRTSCHAFT IM WANDEL

---

#### Staat, Markt und wirtschaftspolitische Prinzipien

---

Die weltweite Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat die Gefahren deregulierter und entgrenzter Märkte überdeutlich werden lassen. Sie verschärfte die Erosion des Vertrauens in die Demokratie und in die Steuerungsfähigkeit des politischen Systems. Die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Markt ist mindestens so alt wie die Wirtschaftswissenschaften selbst. Der schottische Ökonom und Philosoph Adam Smith betonte im 19. Jahrhundert die Freiheit der Märkte vom merkantilen Staat, der britische Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes forderte demgegenüber im 20. Jahrhundert gezieltes staatliches Eingreifen in die Märkte.

Noch heute können diese Positionen in der Debatte über eine Angebots- oder eine Nachfrageorientierung der Wirtschaftspolitik nachvollzogen werden. Während die Phase seit den 1980er Jahren von einer an Liberalisierung ausgerichteten Angebotspolitik geprägt war, wurden im Umfeld der Finanz- und Weltwirtschaftskrise Instrumente der Nachfragesteuerung stärker in den Blick genommen. Ob damit ein grundlegender Paradigmenwechsel einhergeht, bleibt abzuwarten.

Fest steht: Märkte sind im Prinzip ein unverzichtbares Instrument zur Verteilung von Gütern und Dienstleistungen. Sich selbst überlassene Märkte aber sind blind gegenüber

Verteilungsgerechtigkeit und Zukunftseffekten sowie sozialen, kulturellen oder ökologischen Aspekten und greifen selbst ihre eigenen Existenzgrundlagen an. Langfristig stabile und wachstumsorientierte Ökonomien zeichnen sich deshalb nicht durch einen unkoordinierten, sondern durch einen koordinierten Kapitalismus aus. Dort sind die Märkte politisch eingebettet, der Staat handlungsfähig und die Arbeitsbeziehungen durch starke Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie eine wirksame betriebliche Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen gekennzeichnet. In einem koordinierten Kapitalismus kann qualitatives Wachstum gewährleistet werden. Es ist erstens geprägt durch stabiles Wachstum, mit dem Wohlstandsgewinne erwirtschaftet werden. Zweitens werden diese Wohlstandsgewinne in einem fairen sozialen Ausgleich gerecht verteilt. Drittens ist qualitatives Wachstum nachhaltig ausgerichtet und entsteht so nicht auf Kosten unserer Lebensgrundlagen.

---

#### Wandel in der Arbeitswelt

---

Zahlreiche Kräfte tragen zu einem Wandel in der Arbeitswelt bei: wachsende Orientierung auf Wettbewerbsfähigkeit, technische Innovationen und durch Deregulierung und Privatisierung veränderte Rahmenbedingungen.

Das typische Normalarbeitsverhältnis – geprägt von Vollzeitarbeit, fester und unbefristeter Beschäftigung – ist stark zurückgegangen. Demgegenüber nehmen seit Anfang



der 1980er Jahre so genannte atypische Beschäftigungen zu: Teilzeitbeschäftigung, Minijobs, befristete Tätigkeiten, Arbeit als LeiharbeiterInnen oder selbstständige MiniunternehmerInnen sind Beispiele. Viele dieser Arbeitsverhältnisse sind nicht von Tarifverträgen erfasst. Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind nicht zwingend prekär, haben aber oft negative Folgen für das Einkommensniveau, für die sozialen Sicherungssysteme und für die persönliche Lebensplanung und Lebenssicherheit der Beschäftigten. Sie tragen häufig zu materieller Armut bei. Zudem haben atypisch Beschäftigte kaum Zugang zu beruflicher Weiterbildung. In einer wissensbasierten Ökonomie ist dieser Zustand problematisch.

Unter diesen Bedingungen kommt den Gewerkschaften eine zentrale Bedeutung zu. Gemeinsam mit Politik und Wirtschaft können sie gute Arbeit erkämpfen. Gute Arbeit erlaubt nicht nur, die eigene Existenz mit dem Arbeitseinkommen zu sichern, sondern bedeutet auch die Chance auf Selbstverwirklichung, Anerkennung und gesellschaftliche Integration durch Arbeit. Mit unseren Angeboten fördern wir den Dialog zwischen Politik und Gewerkschaften und leisten einen Beitrag zur Qualifizierung gewerkschaftlich Engagierter.

---

### **Globale Märkte**

---

Wenn über die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts diskutiert wird, können die

Umbrüche, die die Globalisierung mit sich gebracht hat, nicht außer Acht gelassen werden. Die Globalisierung hat enorme ökonomische Triebkräfte freigesetzt und wirtschaftlichen Fortschritt ermöglicht. Besonders Wissensökonomien mit forschungsintensiven und hoch entwickelten Wirtschaftszweigen profitieren. Zugleich ist auch der Wohlstand in den Entwicklungsländern gestiegen. Oft sind die Chancen und Risiken der Globalisierung in den einzelnen Ländern aber höchst ungleich verteilt. Arm und Reich klaffen immer weiter auseinander. Benachteiligt sind oft diejenigen, die gering qualifiziert oder wenig mobil sind – auch in Deutschland.

Eine Debatte muss darüber stattfinden, mit welchem Wachstums- und Wirtschaftsmodell Deutschland in Zukunft auf den globalen Märkten bestehen möchte. In der Vergangenheit hat Deutschland seine Position als starker Exporteur durch eine Politik der Wettbewerbsstärkung behauptet. Zentrales Element dabei war die Stagnation der Reallöhne. Während die internationale Wettbewerbsfähigkeit so gesteigert werden konnte, kam es zu einer deutlichen Senkung der Binnennachfrage. Auch die sozialen Kosten dieser Entwicklung sind hoch: In keinem anderen OECD-Land stiegen die sozialen Ungleichheiten in den letzten Jahren so stark an wie in Deutschland.

## PRAXISBEISPIEL

### LESEBUCH „WIRTSCHAFT UND SOZIALE DEMOKRATIE“

Wie kann eine moderne, wertgebundene Wirtschaftspolitik der Sozialen Demokratie gelingen? Auf welche Theorien kann sich eine Wirtschaftspolitik berufen, die auf den Werten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gründet? Welche Prinzipien liegen ihr zugrunde? Und vor allem: Wie kann sie praktisch umgesetzt werden? Diese Fragen greift das Lesebuch „Wirtschaft und Soziale Demokratie“ auf.

Es ist ein Band aus der Reihe der Lesebücher der Akademie für Soziale Demokratie. Grundlegende Zusammenhänge, theoretisch und praktisch fundiert, präzise und verständlich erklärt, das ist der Anspruch der Lesebuchreihe. In knapper und verständlicher Form bereiten die Lesebücher die großen Linien und Kontroversen des politischen Diskurses auf. Für politisch Interessierte und Engagierte ein wichtiger Wissensschatz: „Wer, was, wie und vor allem aus welchem Grund: ein kompakter Überblick, der im hektischen politischen Alltag Gold wert ist“, beschreibt Dianne Köster, Gewerkschaftssekretärin, die Reihe. Franz Müntefering formuliert es so: „Lesebuch lesen lohnt sich. Die wertebezogene Wirtschaftspolitik ist Thema des Buches und sein Anspruch. Es handelt von einer Politik – der Sozialen Demokratie –, bei welcher der Mensch im Mittelpunkt steht. Und die so Wohlstand für alle auf hohem Niveau zum Ziel hat und erreichbar macht, und zwar dauerhaft – ökonomisch erfolgreich, ökologisch vernünftig, sozial stabil und gerecht.“

Einfache Antworten und endgültige Patentrezepte wird man in den Lesebüchern nicht finden, aber einen Kompass und Orientierung für eigene Antworten und neue Fragen.

[www.fes-soziale-demokratie.de](http://www.fes-soziale-demokratie.de)



## 4. GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN

Machtverschiebungen im internationalen Staatengefüge, Ungerechtigkeiten bei der Verwirklichung politischer und sozialer Grundrechte, Klimawandel, Ressourcenmangel und unregulierte Finanzmärkte – vielen der Herausforderungen, vor denen wir stehen, ist nur global zu begegnen. Die globalisierte Ökonomie verändert die Arbeitsmärkte und Sozialstrukturen. Immer mehr Kapital, Waren, Ideen, Nachrichten und Menschen sind in immer kürzerer Zeit rund um den Globus unterwegs. Die Gestaltungsgrenzen nationalstaatlicher Politik und die Notwendigkeit einer neuen Weltordnung werden immer offensichtlicher. Die Globalisierung ist kein unabwendbares Schicksal, sondern von Menschen gemacht – und liegt damit in unserer Hand. Dafür Motivation und Orientierung zu liefern, ist ein wichtiges Ziel unserer politischen Bildungsarbeit.

---

### Universelle Geltung der Menschenrechte

---

Märkte, Umweltzerstörungen und Kriminalität überschreiten die nationalen Grenzen. Durch die Konzentration auf die ökonomische Globalisierung ist die politische, kulturelle, soziale und ökologische Einbettung der Märkte abgebaut worden – und damit auch die weltweite Verwirklichung der sozialen Grundrechte. Die Globalisierung birgt zugleich aber auch die Chance, die universelle Geltung der Menschenrechte tatsächlich zu ga-

rantieren. Globale Institutionen wie die UNO und ein dichtes Netz aus staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen wirken daran mit, Krieg und Gewalt einzudämmen. Eine mediale Weltöffentlichkeit wächst heran, tyrannische Regime und Diktaturen geraten unter Legitimationsdruck. Mit unseren politischen Bildungsangeboten wollen wir vermitteln, dass für die Globalisierung beides zugleich gilt: Sie birgt Risiken für die weltweite Geltung der politischen und sozialen Grundrechte und enthält zugleich die notwendigen gesellschaftlichen und politischen Mittel zu ihrer Durchsetzung.

---

### Frieden und Sicherheit in einer multipolaren Welt

---

Kriege zwischen Staaten werden seltener. Doch die Welt wird nicht friedlicher. An die Stelle zwischenstaatlicher Kriege treten Konflikte, in denen nicht-staatliche Akteure die entscheidende Rolle spielen. Die bislang entwickelten Instrumente zur Regulation von Konflikten scheitern allzu oft an den neuen Konfliktformen. Diese können zwar militärisch entschieden, aber niemals allein militärisch überwunden werden. Frieden und Sicherheit hängen auch von nachhaltiger Entwicklung ab, von der gleichberechtigten Teilhabe an den natürlichen Ressourcen, von der Mitwirkung an demokratischen Prozessen und von sozialer Gerechtigkeit. Nicht das Recht des Stärkeren, sondern die Stärke des Rechts

*„Wir können die Globalisierung als Chance nutzen, wenn wir sie nicht als Schicksal hinnehmen, sondern als politische Aufgabe entdecken und ernst nehmen. Die Globalisierung ist eine Chance, wenn wir uns am Leitbild der Freiheit und Gleichheit aller Menschen orientieren.“*

*Johannes Rau, Berliner Rede 2002*

schaft Frieden und Sicherheit in einer multipolaren Welt. Die Suche nach einer neuen Sicherheitsarchitektur für das globale Zeitalter und die Frage, welche Rolle Deutschland und Europa darin übernehmen sollten, stellt eine schwierige Herausforderung dar. Auch in Deutschland wird eine politische und gesellschaftliche Debatte darüber geführt, nach welchen Kriterien der Einsatz militärischer Mittel gerechtfertigt ist und welche Aufgabenstellungen der Bundeswehr dabei zukommen. Mit unserer politischen Bildungsarbeit fördern wir diese Debatte.

---

### **Weltklima, Ökologie und Energie**

---

Klimawandel, Umweltzerstörung, Rohstoffknappheit – in wenigen Politikbereichen liegt die globale Abhängigkeit so klar auf der Hand. Von der Erderwärmung sind alle Regionen der Welt betroffen. Konflikte werden um Rohstoffe, Nahrung und Wasser ausgetragen. Umweltflüchtlinge stellen schon heute einen großen Anteil an der globalen Migration. Der Klimawandel ist ein Bedrohungsmultiplikator, der bestehende Probleme und Konflikte weiter verschärft. Aus Sicht Sozialer Demokratie sind eine intakte Umwelt, ein stabiles Klima und lebenswichtige Ressourcen wie Wasser, Nahrungsmittel und saubere Luft globale

öffentliche Güter, die nicht allein durch den Markt gepflegt oder bereit gestellt werden können. In welcher Weise hier die Staatengemeinschaft, eine aktive globale Zivilgesellschaft und jeder Einzelne gefordert sind, diskutieren wir in unseren politischen Bildungsangeboten.

---

### **Gerechte Weltwirtschafts- und Finanzordnung**

---

Der globalisierte Handel von Waren, Wertpapieren und Dienstleistungen hat vielen Menschen neue Arbeit und Wohlstand gebracht. Zugleich ist er durch drastische Ungerechtigkeiten geprägt. Weil politische Kooperationsformen mit der Dominanz der globalisierten Märkte nicht Schritt gehalten haben, sind Sicherung und Finanzierung globaler öffentlicher Güter akut gefährdet. Dazu gehören neben Klima, Umwelt, Nahrung und Energie auch die Rechts- und Sozialordnung, Frieden, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit, persönliche Sicherheit, Bildung, Kultur sowie die Möglichkeit zur demokratischen Mitbestimmung. Der Markt allein sichert und pflegt diese öffentlichen Güter nicht. Das gilt auch für das Weltfinanzsystem, das ebenfalls der Regulierung bedarf, um es weltweit wieder in den Dienst des Gemeinwohls zu stellen. In unseren Bildungsveranstaltungen vermitteln wir Orientierung für Ansätze der



politischen Gestaltung sowie der sozialen und ökologischen Einbettung der globalisierten Märkte.

---

### **Verständigung zwischen den Kulturen**

---

Im Zeitalter der Globalisierung begegnen sich unterschiedliche Menschen, Kulturen und Religionen mehr denn je. Das ist ein großer Gewinn. Zugleich wächst mit der größeren Nähe bei vielen auch die Angst vor dem Anderen. Gewalt entsteht häufig dort, wo kulturelle und religiöse Unterschiede durch soziale Konflikte aufgeladen und politisch instrumentalisiert werden. Auch das ist eine Erscheinungsform der Globalisierung: Während die Welt zu einem einzigen internationalen Marktplatz zu verschmelzen scheint, wird sie gleichzeitig von Terrorismus, Bürgerkriegen und dem Zerfall von Staaten zerrissen. Soziale Demokratie setzt auf eine Politik der Anerkennung und des kulturellen Pluralismus. Kultureller Pluralismus lässt sich nur leben und schützen, wenn auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene die Entwicklung von Demokratie gefördert wird. Sie ist der Handlungsrahmen, in dem Vielfalt bei gleichzeitiger Anerkennung gemeinsamer Regeln gedeihen kann. Mit den Mitteln unserer politischen Bildungsarbeit wollen wir dazu beitragen.

---

### **Europa in einer globalisierten Welt**

---

Die Nationalstaaten prägen nach wie vor das Leben ihrer Bevölkerungen. Aber für die globalen Aufgaben sind sie zu klein, andere Formen transnationaler Kooperation sind gefordert. Soziale Demokratie setzte von Anfang an auf den europäischen Gedanken, getragen von der Überzeugung, dass durch die Überwindung nationaler Gegensätze auch soziale Gegensätze überwunden werden können. Soziale Demokratie begreift die europäische Integration nicht nur als negative Integration im Sinne des Abbaus von Markthemmnissen, Beschränkungen und Regulierungen. Entscheidend ist auch die positive Integration, die einen gemeinsamen Ordnungsrahmen schafft, klare Standards für gute Arbeit setzt und die Teilhabe aller ermöglicht. Insbesondere die Euro-Krise hat die Notwendigkeit einer stärkeren wirtschaftlichen Koordinierung auf europäischer Ebene deutlich werden lassen. Mit unseren Bildungsangeboten diskutieren wir die Perspektiven des politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Europas.

---

### **Global Governance/ Weltinnenpolitik**

---

Die Europäische Union ist eine wichtige Antwort auf die globalen Herausforderun-

*„Die Gestaltung unser aller Zukunft ist zu wichtig, um sie allein Regierungen und Experten zu überlassen.“  
Willy Brandt*

gen. Aber selbst sie ist für die meisten der Herausforderungen zu klein. Erforderlich sind daher neue Mechanismen und Regeln globaler Kooperation, eine gute und effektive Weltinnenpolitik, die mit den rasanten Entwicklungen der Globalisierung Schritt hält. Diese Weltinnenpolitik wird auch mit dem Begriff „Global Governance“ um-

schrieben. Gemeint ist die Notwendigkeit von Institutionen, Regeln und Mechanismen, mit denen unterschiedliche Akteure die globalen Herausforderungen diskutieren und nach Lösungen suchen – die Nationalstaaten und internationalen Organisationen ebenso wie Nichtregierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft.

## 5. KONSEQUENZEN FÜR UNSERE POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Die Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft steht, sind gewaltig. Politische Bildung bewegt sich mitten in dieser Gesellschaft und leistet einen Beitrag, um den Herausforderungen zu begegnen. Ein Kernanliegen prägt dabei all unsere politischen Bildungsangebote: Das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten zur Gestaltung der

Gesellschaft und der Politik zu stärken, die Kompetenzen dafür zu entwickeln und die Bürgerinnen und Bürger dazu zu ermutigen, sich im Sinne unserer Grundwerte für das Gemeinwohl zu engagieren, gehört zu den wichtigsten Zielen des Lernens für Soziale Demokratie in der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

### III POLITISCHE BILDUNG ALS GESAMT-GESELLSCHAFTLICHE AUFGABE

*„70 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung sind jahrzehntelanges erfolgreiches Wirken für die Vermittlung demokratischer Wertvorstellungen an die Bürger und – was fast noch wichtiger ist – demokratischer Handlungen, und hier vor allem an die Jugend, wie auch für die Festigung unserer Demokratie“, unterstrich Bundespräsident Roman Herzog 1995 in seiner Rede anlässlich der Festveranstaltung zur 70-Jahrfeier der FES.  
(Friedrich-Ebert-Stiftung, 1995)*

#### Identifikation mit der Demokratie, Stärkung der Demokratie



„Demokratie braucht Demokraten“ – hinter Friedrich Eberts berühmtem Wort steht die Erkenntnis, dass die Demokratie zu ihrer Sicherung und Fortentwicklung der überzeugten Zustimmung ihrer Bürgerinnen und Bürger bedarf: Es ist nötig, die Grundzüge der Verfassung zu kennen, den Gehalt der Grund- und Menschenrechte zu begreifen und die Bedeutung des Rechtsstaates zu erkennen. Nur dann lässt sich verstehen, wie viel Freiheit, Frieden und Sicherheit diese Ordnung allen bietet. Hinzu muss die Bereitschaft kommen, auch als DemokratInnen zu handeln, Verantwortung zu übernehmen und die Gesellschaft im Sinne von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität mitzugestalten.

*Dazu betonte Bundespräsident Johannes Rau: „Wer die Demokratie fördert, sichert den Frieden – oder macht ihn dort möglich, wo eine Gesellschaft friedlos lebt, weil ihre Bürger keine elementaren Rechte haben. Demokratie erlaubt Gesellschaften, zu atmen. Und darum ist sie eben mehr als nur eine „institutionelle politische Ordnung“.*  
*J. Rau, 2001: 1*

## Demokratische Loyalität stiften

Kontinuierliche politische Bildungsarbeit stärkt demokratische Einstellungen bei den Bürgerinnen und Bürgern. Damit leistet sie einen Beitrag zur Stabilisierung der Demokratie, insbesondere in gesellschaftlichen und politischen Krisen.

---

### Politische Bildung: Instrument der Demokratie

---

Der freiheitliche Staat hat verfassungsgemäß den Auftrag, politische Bildung zu fördern. Politische Bildung ist ein entscheidendes Instrument in der Demokratie, um die Identifikation der einzelnen Bürgerinnen und Bürger mit dem Gemeinwesen sowie ihre demokratische Mitgestaltung zu ermöglichen.

Der Staat delegiert seinen Bildungsauftrag u. a. an gemeinnützige, privatrechtlich organisierte politische Stiftungen, weil diese mit ihren Organisationsstrukturen flexibler, unbürokratischer und effizienter arbeiten können als staatliche Behörden. Die Vielfalt der Bildungsträger entspricht aber auch dem pluralen Charakter von Demokratie selbst. Politische Stiftungen stellen daher einen wichtigen Teil der politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland dar, zumal ihre wertegebundene politische Bildungsarbeit den Fortbestand des frei-

heitlichen, pluralistischen Gemeinwesens sichert. (Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung u. a., 1998)

Die politische Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geist zählt zum Gründungsauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Die politische Bildung gehört zu den zentralen Säulen unserer gesellschaftspolitischen Arbeit. Dank jahrzehntelangem Engagement in diesem Bereich steht uns ein Fundus an Erfahrungswissen zur Verfügung, der in unsere Angebote politischer Bildung einfließt.



## PRAXISBEISPIEL

### KOMMUNALAKADEMIE

### „ICH WILL BÜRGERMEISTER/BÜRGERMEISTERIN WERDEN!“

Wohl bei keinem politischen Amt ist das Identifikationsbedürfnis der Wählerinnen und Wähler mit den KandidatInnen so groß wie beim BürgermeisterInnen-Amt. Die Persönlichkeitswahl stellt ganz besondere Anforderungen. Die FES-KommunalAkademie macht ein besonderes Angebot als Kommunikationstraining für Kandidatinnen und Kandidaten:

Was erwarten die WählerInnen von mir? Wie weit kann ich dem folgen und wo beginnt der Opportunismus? Wie arbeite ich meine Kerngedanken heraus? Wie spreche ich nicht nur den Verstand, sondern auch die Herzen der WählerInnen an? Wie moderiere ich eine Versammlung? Viele AbsolventInnen der stark nachgefragten Reihe waren bei ihrer Erstkandidatur in Bayern und Baden-Württemberg erfolgreich.

„Mit Erfolg in die Kommunalpolitik“ heißt ein weiteres bundesweites Modulprogramm für neue Kandidatinnen und Kandidaten, die ein Mandat im Stadt- oder Gemeinderat anstreben. Die Verbindung von Theorie und Praxis, von Wissen und persönlicher Handlungskompetenz macht den Erfolg aus. Kommunalrecht, Planungsrecht und Haushaltsplan wechseln ab mit Zeitmanagement, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Ergänzt werden die Programme mit vielfältigen Gesprächskontakten zu erfahrenen KommunalpolitikerInnen sowie Fachleuten aus Wissenschaft und kommunaler Praxis.

In kommunalen Sommerakademien der FES tauschen viele der Absolventinnen und Absolventen als inzwischen engagierte Ratsmitglieder ihre Erfahrungen aus und diskutieren über aktuelle kommunalpolitische Themen.

## Eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Politische Bildung zielt nach unserem Verständnis nicht nur auf die Vermittlung politischen Wissens. Gerade vor dem Hintergrund der Gründungsgeschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung ist unser Ziel die Motivierung zu politischem Engagement und die notwendige Qualifizierung hierzu. Politische Bildung verstehen wir somit als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugute kommt, in dem sie demokratische Teilhabe stärkt, die aber auch durch die gesamte Gesellschaft getragen werden muss.

---

### Notwendige Kontinuität

---

Wir sind bestrebt, in unser Konzept politischer Bildung ständig aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft, Veränderungen im Bildungsverhalten und neue didaktische und methodische Erkenntnisse aus der Bildungs- und Lernforschung aufzunehmen. Unsere politische Bildungsarbeit auf der Höhe der Zeit zu halten und sie auf künftige Anforderungen auszurichten, also Kontinuität und Perspektive zu verbinden, ist unser Anspruch.

## Lebensbegleitendes Lernen

Als gesamtgesellschaftliche Aufgabe hat politische Bildung zudem ihren unverzichtbaren Platz im Prozess „Lebensbegleitendes Lernen“ – mit Berührungspunkten zu verschiedenen anderen Bereichen der Bildung, u. a. auch der beruflichen Bildung. Die politische Bildung besitzt jedoch ein unverwechselbares spezifisches Anforderungs- und Aufgabenprofil, das ihr eine eigenständige Rolle in unserer Gesellschaft

für Gegenwart und Zukunft gibt. Sie muss deshalb als offenes Angebot den Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich zur Verfügung stehen.

# IV UNSERE ZIELE



Für die Bestimmung unserer Ziele und die Planung unseres Arbeitsprogramms haben wir ein Entscheidungsmodell entwickelt. Von vier Zielebenen beziehen wir uns auf vier wesentliche Referenzpunkte. Aus diesem Strukturgitter ergibt sich ein Ensemble von Suchaspekten zur Gewinnung von Inhalten, Zielgruppen, Arbeitsformen und anzustrebenden Kompetenzen. Im Planungsprozess kombinieren wir die Prinzipien von Angebots- und Nachfrageorientierung.

## Zielfindung im Strukturgitter

<b>Referenzpunkt</b> ----- <b>Zielebene</b>	1. Gesellschaftlich- Politische Heraus- forderungen	2. Leitbild Soziale Demokratie	3. Lebenswelt- und Zielgruppen- orientierung	4. Kompetenzen für Demokratie
a Strategische Ziele				
b Oberziele				
c Projektziele				
d Aktivitätenziele				

## REFERENZPUNKTE UNSERER ZIELFINDUNG

---

### 1. Gesellschaftlich-Politische Herausforderungen

---

Wir stellen uns den Herausforderungen unserer Zeit. Aus der Analyse des gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturwandels im nationalen und internationalen Kontext sowie aus der Analyse des gesellschaftlichen Mentalitätswandels und der Veränderungen in der politischen Kultur gewinnen wir wichtige Hinweise für die Erfordernisse demokratischer Gestaltung. Grundwerte und Grundrechte bzw. ihre Gefährdung sind der wesentliche Maßstab zur Beurteilung und Auswahl von Handlungs- und Themenfeldern.

---

### 2. Leitbild Soziale Demokratie

---

Wir orientieren unsere Ziele am Leitbild Soziale Demokratie, in dem das Selbstverständnis unserer Arbeit beschrieben ist. Im Sinne eines übergreifenden Bildungsideals fördern wir die Identifikation mit den Grundwerten der Sozialen Demokratie mit ihrer besonderen Betonung der sozialen und ökonomischen Voraussetzungen persönlicher Freiheit. Dieses Grundwerteverständnis führen wir als Beurteilungsmaßstab in die Diskurse über politische Alternativen ein.

---

### 3. Lebenswelt- und Zielgruppenorientierung

---

Unsere Ziele reflektieren die sozialen und politischen Erfahrungen unserer AdressatInnen und Zielgruppen aus der Alltags- und Berufswelt sowie den verschiedenen Feldern bürgerschaftlichen Engagements. Gleichmaßen wichtig sind uns deren Impulse und Erwartungen zum Programmangebot. Deshalb gilt für uns das didaktische Prinzip der TeilnehmerInnenorientierung im Hinblick auf differenzierte Lebens- und Verwendungssituationen, vorfindbare politische Deutungsmuster sowie die Inhalts- und Methodenauswahl.

---

### 4. Kompetenzen für Demokratie

---

Wir erstreben eine lebendige und aktive Demokratie. Diese ist auf die Entwicklung und Verbesserung persönlicher Kompetenzen, d.h. die Fähigkeit zur erfolgreichen Bewältigung komplexer Anforderungen in unterschiedlichen Situationen von mündigen Bürgerinnen und Bürgern angewiesen. Kompetentes Handeln schließt den Einsatz von Wissen, von kognitiven und praktischen Fähigkeiten genauso ein wie soziale und motivationale Verhaltenskomponenten.



Wesentliche Kompetenzen für Soziale Demokratie sind:

- Selbstbestimmung auf der Basis von eigenständiger Analyse- und Urteilsfähigkeit durch Sachkenntnis.
- Die Identifikation mit den Grundrechten und Grundwerten einer sozialen Demokratie.
- Argumentationsfähigkeit gegenüber den Positionen politischer Strömungen.
- Bereitschaft zum solidarischen Engagement sowie zur politischen Beteiligung.
- Kommunikationskompetenz für verständigungsorientierte Dialoge.
- Organisationskompetenz zur wirksamen Entfaltung des eigenen Engagements.

Mit der Entfaltung dieser Kompetenzen bei möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir zur Belebung der demokratischen Institutionen und Parteien beitragen, eine aktive Bürgergesellschaft fördern und die Distanz zwischen organisierter Politik und jenem Teil der Bevölkerung verringern, der ihr zunehmend gleichgültig gegenübersteht.

## ZIELEBENEN UNSERES PLANUNGSPROZESSES

Innerhalb unserer Arbeitsplanung unterscheiden wir vier Zielebenen:

---

### a) Strategische Ziele

---

Besondere Akzente werden im Hinblick auf herausragende Problemlagen in Gesellschaft und politischer Kultur durch strategische Ziele gesetzt. Diese werden im Rahmen des Qualitätsmanagements der Friedrich-Ebert-Stiftung formuliert. Strategische Ziele unterstreichen die Bedeutung eines Themenfeldes oder einer Zielgruppe und stimulieren deren intensivere Bearbeitung, z.B. „Den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik vertiefen“, „Politische Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken“.

---

### b) Oberziele

---

In Oberzielen beschreiben wir die mit verschiedenen thematischen oder zielgruppenbezogenen Arbeitslinien angestrebten Wirkungen bzw. Veränderungen auf gesellschaftlicher Ebene.

---

### c) Projektziele

---

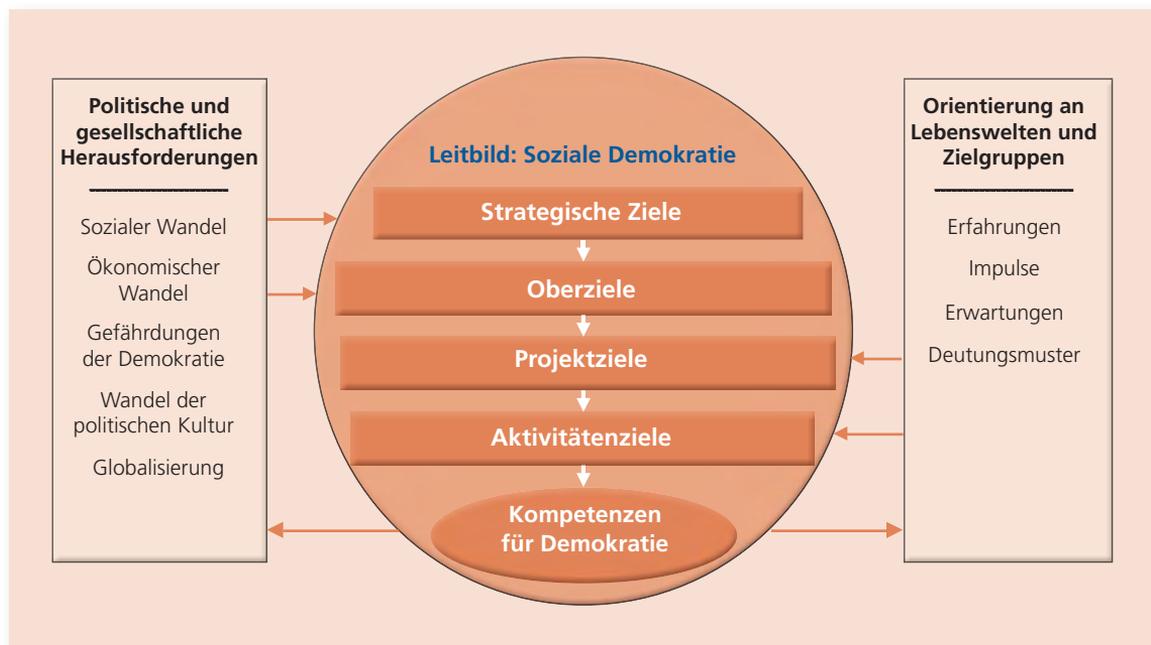
Auf der Handlungsebene sind den einzelnen Oberzielen Projekte zugeordnet. Projekte fassen Einzelaktivitäten wie z.B. Seminare, Workshops, Diskussionsforen oder Publikationen zusammen. In den Projektzielen werden die Inhalte, Zielgruppen, Arbeitsformen und Regionen zur Durchführung von Aktivitäten beschrieben.

---

### d) Aktivitätsziele

---

Die Lehr-/Lernziele der einzelnen Bildungsaktivitäten wie z.B. Seminare, Foren oder Workshops definieren Bündel von Wissensbeständen und Fähigkeiten, die in pädagogischen Prozessen vermittelt werden sollen.



## ZIELFINDUNG

### *Oberziele*

---

#### **Soziale Demokratie – Grundlagen – Programmatik**

---

Das Profil Sozialer Demokratie im Sinne ihrer Grundwerte und politischen Prinzipien wird geschärft und die Identifikation mit diesen verbessert. Dazu gehört im Sinne einer gemeinwohlorientierten Politik auch die Debatte über eine angemessene Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt.

Die Weiterentwicklung der Programmatik begleiten wir in fachöffentlichen Diskursen. Die Fähigkeit zur argumentativen Auseinandersetzung mit anderen politischen Grundströmungen wird verbessert.

## PRAXISBEISPIEL

### SOMMERUNIVERSITÄT

Der Austausch und die Entwicklung gemeinsamer politischer Projekte stehen im Mittelpunkt der jährlichen Sommeruniversität in Potsdam. Rund 100 Studierende und Nachwuchskräfte verschiedener Fachrichtungen kommen dort zusammen, um über die aktuelle und grundsätzliche Programmatik der Sozialen Demokratie zu diskutieren. Das Engagement der Studierenden reicht von politischen Parteien über Studierendenparlamente bis hin zu zivilgesellschaftlichen Organisationen. Entsprechend vielfältig sind Blickwinkel und Meinungen. Prominente Gäste aus der Führung der Sozialdemokratie in Bund und Ländern sowie aus Gewerkschaften, Wissenschaft und Wirtschaft stehen zum Gespräch bereit. Neben den klassischen Podiumsdiskussionen erarbeiten die Teilnehmenden in Zukunftswerkstätten Erwartungen und Perspektiven zur Arbeit der Sozialen Demokratie und stellen diese zur Diskussion. Die Mischung aus Vortragsprogramm, kulturellem Rahmenprogramm und anregender Umgebung lässt ausreichend Raum für Gespräche und um eigene Ideen und Wertvorstellungen einzubringen. So entstehen aus lebhaften Kontroversen immer wieder nicht nur Netzwerke, sondern oftmals auch gemeinsame Projekte über die Sommeruniversität hinaus.

---

#### Freiheit – Demokratie – Rechtsstaat

---

Wir wollen politisches Bewusstsein und Engagement fördern, das sich neben der Sicherung der Freiheitsrechte auch für die sozialen, ökonomischen und kulturellen Voraussetzungen von Freiheit und Selbstbestimmung einsetzt.

Wir zielen auf ein Verständnis von Freiheit, das eingebunden ist in soziale und ökologische Verantwortung.

Wir fördern das Nachdenken über ein angemessenes Verhältnis von bürgerlichen Freiheitsrechten und innerer Sicherheit angesichts neuer Bedrohungsarten.

Wir wollen zu einer Verständigung über den Freiheitsbegriff in einer sich vernetzenden digitalen Medienwelt beitragen.

---

#### Gerechtigkeit – Solidarität – Sozialstaat

---

Soziale Gerechtigkeit als Maßstab für Gesellschaftspolitik soll intensiver diskutiert und das politische Engagement für sozialen Zusammenhalt gefördert werden. Wir wollen die Bereitschaft zu solidarischem Handeln in einer zunehmend von Individualisierung und sozialer Ausgrenzung geprägten Gesellschaft stärken. Soziale Teilhabe und soziale Integration in die Gesellschaft wollen wir fördern.



Wir organisieren Dialoge über die gerechte und nachhaltige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme und über die Maßstäbe, die sie leiten.

---

### **Gewerkschaften und Politik**

---

Wir vermitteln die Bedeutung starker und handlungsfähiger Gewerkschaften für eine gerechte und solidarische Gesellschaft.

Wir qualifizieren gewerkschaftlich engagierte ArbeitnehmerInnen für ihre Aufgaben in Betrieb und Gesellschaft.

Wir fördern, intensivieren und verstetigen den Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik zu zentralen gesellschaftspolitischen Fragen auf unterschiedlichen Ebenen.

---

### **Wirtschaft – Arbeit – Innovation – Umwelt**

---

Wir beteiligen uns an der Debatte über die demokratische, soziale, gerechte und nachhaltige Gestaltung einer zukunfts- und international wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Arbeitswelt.

Die Einbettung der ökonomischen Marktprozesse in politisch zu gestaltende Rahmenbedingungen wird als Grundvoraussetzung eines Dreiklangs von wirtschaftlicher Dynamik, sozialer Gerechtigkeit und ökologischer Vernunft vermittelt.

Wir motivieren und befähigen unsere AdressatInnen, auf die Nachhaltigkeit der Entwicklung in ihren unterschiedlichen Lebensbereichen hinzuwirken, um den dauerhaften Schutz der natürlichen und sozialen Lebensgrundlagen zu sichern.

---

### **Bildung – Wissenschaft**

---

Wir führen den Diskurs zur Weiterentwicklung des Bildungssystems nach den Prinzipien von Chancengleichheit, hoher Qualität und Orientierung an der Lebenswirklichkeit von Eltern, SchülerInnen, Studierenden und Lehrenden mit den Betroffenen und den relevanten politischen und gesellschaftlichen Akteuren.

Wir fördern das Bewusstsein für Bildung als Schlüssel für soziale Gerechtigkeit, gesellschaftliche Integration und wirtschaftliche Dynamik.

---

### **Familie – Generationen – Gender**

---

Wir klären über den demografischen Wandel in unserer Gesellschaft und die gesellschaftliche Veränderung der Rollenmuster in den Familien auf.

Um Familien in ihren vielfältigen Formen umfassend zu unterstützen, diskutieren wir mit ExpertInnen und BürgerInnen über neue Rahmenbedingungen, insbesondere zur Förderung benachteiligter Kinder sowie einer geschlechtergerechten Auf-

teilung zwischen Erwerbs-, Familien- und Pflegearbeit.

Unsere Arbeit gibt Orientierung über die Handlungsfelder und Umsetzungsformen des Gender Mainstreaming.

---

### **Migration – Integration – Interkultureller Dialog**

---

Für die Integrationspolitik in der Zuwanderungsgesellschaft vermitteln wir das Leitbild einer Kultur der wechselseitigen Anerkennung der ethnisch-kulturellen Identitäten der Zugewanderten und der Werte und Prinzipien unserer rechtsstaatlichen Demokratie.

Im interkulturellen Dialog wollen wir zur Überwindung von fundamentalistischen Verengungen und der Politisierung von religiösen und kulturellen Unterschieden beitragen.

Wir fördern das praktische Engagement in Politik und Zivilgesellschaft, damit Integration vor Ort, in den Städten und Gemeinden, gelingen kann.

---

### **Globalisierung – Europa – Frieden – Entwicklung**

---

Wir vermitteln Orientierungswissen zu Chancen und Herausforderungen im Zuge der Internationalisierung von Politik, Wirtschaft und Kultur ebenso wie über die vielschichtigen Einigungs- und Vertiefungsprozesse der Europäischen Union.

Wir ermöglichen Diskurse über Konzepte einer neuen Weltordnung, die den Prinzipien von gerechter Weltwirtschaft, Solidarität, friedlicher Zusammenarbeit, ökologischer Nachhaltigkeit und Sicherheit verpflichtet sind. Dazu gehören die Debatten über konsequente Strategien von Global Governance zur Bändigung des entfesselten Kapitalismus auf supranationaler Ebene, das Ringen um eine Weltklimaordnung sowie die Rolle der Bundeswehr in internationalen Einsätzen.

In unserer wertgebundenen Aufklärungs- und Bildungsarbeit zu entwicklungspolitischen Themen verdeutlichen wir die Unteilbarkeit und universelle Geltung der Menschenrechte.

---

### **Zeitgeschichte – Antidemokratische Strömungen – Rechtsextremismus**

---

Wir betrachten die Auseinandersetzung mit der deutschen und europäischen Zeitgeschichte als ein Fundament der politischen Kultur und des demokratischen Selbstverständnisses in unserem Land.

Unsere Bildungsarbeit will zur kritischen Beschäftigung mit der Geschichte anregen, vor allem mit den deutschen Diktaturen im 20. Jahrhundert, dem Nationalsozialismus im Dritten Reich und der SED-Herrschaft in der DDR.

Wir intensivieren die Aufklärung über aktuelle antidemokratische und extremisti-



sche Strömungen. Dabei unterstützen wir insbesondere kommunales und bürgerschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus.

---

### **Medien – Kultur – Kulturelle Angebote**

---

Mit medienpolitischen Diskursen, Angeboten der Politikberatung sowie mit der Qualifizierung von NachwuchsjournalistInnen und Mediennutzenden tragen wir zur Weiterentwicklung des Mediensystems im Sinne der demokratischen Öffentlichkeit bei.

Politische, soziale und ökonomische Fragen werden auch durch den Spiegel von Kunst und Kultur betrachtet. Wir bringen kulturelle und künstlerische Perspektiven als Elemente lebendiger Demokratie in die gesellschaftspolitischen Debatten ein.

Aktuelle und grundsätzliche Fragen von Kulturpolitik und Kreativwirtschaft werden mit verantwortlichen Akteuren diskutiert.

---

### **Aktive Demokratie – Engagement in Politik und Zivilgesellschaft**

---

Wir wecken das Interesse an demokratischen Parteien und zivilgesellschaftlichen Organisationen, Vereinen und gemeinwohlorientierten Initiativen und fördern die Kompetenz für ein wirkungsvolles Engagement in ihnen. Unsere Bildungsarbeit stärkt mit ihren Qualifizierungsangeboten

die Motivation zur engagierten Teilhabe an politischen Prozessen.

Wir ermöglichen Dialoge zwischen Politik und VertreterInnen aus Demokratie- und Bürgerrechtsinitiativen, um neue Beteiligungsverfahren zu erkunden und den Tendenzen von Politikverachtung, Demokratiedistanz und Politikverdrossenheit entgegen zu wirken.

---

### **Kommunalpolitik**

---

Wir fördern die Bereitschaft und die Befähigung für ehrenamtliches kommunalpolitisches Engagement im Sinne der Sozialen Demokratie sowie das bürgerschaftliche Interesse an kommunaler Politik. Wir vermitteln die notwendigen Kompetenzen zur Übernahme von Verantwortung in öffentlichen Ämtern und Mandaten.

Städte, Gemeinden und Landkreise sind Orte der gesellschaftlichen Integration. In der kommunalen Selbstverwaltung zur Erbringung der Daseinsvorsorge und vielen freiwilligen Leistungen ist die Demokratie praktisch verwurzelt; Kommunalpolitik ist nicht die untere Ebene, sondern die vierte Säule der politischen Willensbildung neben Europa, Bund und Ländern.

---

### **Jugend und Politik**

---

Wir interessieren Jugendliche für Politik und Zeitgeschichte, wecken ihre Bereit-

schaft zur demokratischen Teilhabe und qualifizieren Nachwuchs für das politische Ehrenamt.

Wir gestalten Diskurse zur Ermöglichung eines demokratischen Zusammenlebens, gewaltfreien Aufwachsens, einer chancengerechten Teilhabe in sozialer, ökonomischer, kultureller und politischer Hinsicht für die junge Generation.

## PRAXISBEISPIEL

### PLANSPIEL KOMMUNALPOLITIK

„Ohne Jugend ist kein Staat zu machen.“ Alle wissen es, doch jeder geht anders damit um. Die Politik beklagt das mangelnde Interesse der Jugendlichen, die Jugendlichen die fehlenden Möglichkeiten der Beteiligung – wenn denn Politik überhaupt für sie ein Thema ist... Wie bekommt man das zusammen – Jugend, politisches Interesse und Beteiligung? Politik erleben kann dafür ein Weg sein, mittendrin im Gestalten eines demokratischen Entscheidungsprozesses. Und wenn es dabei um konkrete Probleme in der eigenen Kommune geht, kann es sogar richtig spannend werden. Das Planspielkonzept wurde 1998 erarbeitet und seitdem immer wieder weiterentwickelt. Nachdem es mittlerweile in ganz Deutschland erfolgreich angewandt wird, wurde das Konzept im Rahmen der internationalen Arbeit unserer Stiftung auch in den jungen Demokratien Mittel- und Südosteuropas eingesetzt. Es ist ein hervorragendes politisches Bildungsangebot, um junge Menschen für Politik und Engagement zu begeistern und Vorurteile abzubauen.

Im Planspiel Kommunalpolitik versetzen sich Jugendliche in die Rolle von StadträtInnen ihrer Kommune, bilden Fraktionen, suchen sich eigene Themen wie z. B. die Busverbindungen, den Zustand der Schule oder die Einrichtung von Jugendclubs, erarbeiten ihre Standpunkte in Form von Anträgen und gestalten ihre eigene Ratssitzung – deren „Beschlüsse“ nicht selten später aufgenommen und reale Politik werden. Eine Schülerin nach dem Planspiel im Pressegespräch: „Vorher bin ich noch nie mit Politik in Berührung gekommen. Jetzt habe ich gesehen, wie ich mich für etwas einsetzen kann.“

# V WEN WOLLEN WIR ERREICHEN?



Unsere Bildungsangebote stehen im Grundsatz allen Bürgerinnen und Bürgern offen. Die Teilnahme ist nicht an die Mitgliedschaft in Parteien, Verbänden oder Organisationen gebunden. Im Hinblick auf unsere Ziele und die begrenzten finanziellen und personellen Möglichkeiten müssen wir unser Arbeitsprogramm jedoch quantitativ und qualitativ profilieren.

Welche AdressatInnen wollen wir vorrangig ansprechen? Welche Zielgruppen wollen wir erreichen? Mit welchen ProjektpartnerInnen kann unsere Arbeit die größtmögliche Wirkung erzielen?

Je nach den aktuellen Defiziten der politischen Kultur in unserem Lande, den grundlegenden Problemen der Politik, den Realisierungschancen für Reformpolitik Sozialer Demokratie und dem personenbezogenen politischen Weiterbildungsbedarf von besonders aktiven BürgerInnen in politischer Verantwortung, im Ehrenamt und im bürgerschaftlichen Engagement machen wir unsere Informations-, Dialog-, Beratungs- und Qualifizierungsangebote. Dabei berücksichtigen wir die vielfältigen Anregungen und Impulse, die uns von TeilnehmerInnen, engagierten Gruppen, Initiativen und politischen Aktiven gegeben werden.

Besonders ernst nehmen wir das Phänomen, demzufolge zunehmende Teile der Gesellschaft dem demokratischen System und politischen Parteien mit wachsender Distanz gegenüberstehen. Die FES entwickelt daher derzeit Modellprojekte, um auch diese Zielgruppe durch geeignete Formate und Angebote zukünftig stärker zu erreichen.

## PRAXISBEISPIEL

### **PRAXISTAG DEMOKRATIE: „SAGT UNS: WARUM? SAGT UNS: WIE? LASST UNS WIEDER MEHR DEMOKRATIE WAGEN!“**

Was ist los mit der Demokratie? Immer weniger Bürgerinnen und Bürger nehmen an Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen teil, parallel wächst die Zahl der Politik- und Demokratieverdrossenen in Ost- wie Westdeutschland. Um die Motive der NichtwählerInnen für ihren Wahlverzicht kennen zu lernen, um ihnen im Gespräch mit engagierten Menschen aus Politik und Gesellschaft eine Stimme zu verleihen und um sie im Austausch mit ehrenamtlich Engagierten zu bürgerschaftlichem Engagement zu motivieren, beschreitet dieses innovative Veranstaltungsformat neue Wege – schon bei der Gewinnung von TeilnehmerInnen, die persönlich im öffentlichen Raum auf ihre Einstellungen zur Demokratie angesprochen werden.

Gemeinsam mit Engagierten aus Zivilgesellschaft, Politik und Kunst sammeln die WorkshopteilnehmerInnen auf spielerische wie partizipative Weise, z. B. in Speed-Datings, Ideen für mehr demokratische Teilhabe. Diese Ideen verdeutlichen oftmals, dass Demokratie nicht nur von „denen da oben“ gemacht werden kann, sondern viele Möglichkeiten zur konkreten Mitgestaltung und Beteiligung für alle Bürgerinnen und Bürger bietet. Rückmeldungen wie „Das Speed-Dating hat gezeigt: Politische Beteiligung findet nicht nur in der Wahlkabine statt.“, oder: „Die vielen Gespräche mit den unterschiedlichsten Meinungen machen mir ganz neue Aspekte der Beteiligung bewusst – das ist spannend!“ zeigen, dass politikferne Menschen durch diese Form der Ansprache für Demokratie und Mitgestaltung zu begeistern und zu motivieren sind.

<http://www.fes.de/integration>



Auf der Grundlage unseres Leitbildes „Förderung und Stärkung der Sozialen Demokratie“ gewinnen wir die unterschiedlichen Kategorien der AdressatInnen, Zielgruppen und Projektpartner, für die wir unsere Angebote vorrangig planen.

Die Zielsetzung einzelner Projekte kann im Sinne pädagogischer Effizienz die Bildung homogener Teilnehmergruppen erfordern. Dies gilt insbesondere, wenn an gemeinsame Erfahrungen, Betroffenheit oder soziale Situationen als Ausgangspunkt für Lernprozesse angeknüpft werden kann. Dabei bleibt uns wichtig, dass alle, die ih-

ren Wunsch nach individueller politischer Weiterbildung bei der Friedrich-Ebert-Stiftung verwirklichen wollen, ein geeignetes Angebot bei uns finden.

Aus Gründen einer möglichst genauen Bestimmung unserer Zielgruppen und ihrer Erreichbarkeit in ihren verschiedenen politischen, lebensweltlichen und beruflichen Zusammenhängen haben wir uns für eine Mischung verschiedener Kategorien entschieden. Die daraus resultierenden Überschneidungen bei einigen der Zielgruppen sollen deren Erreichbarkeit für uns auf verschiedenen Wegen erhöhen.



## 1. BÜRGERINNEN UND BÜRGER, DIE POLITISCHE INFORMATION UND ORIENTIERUNG SUCHEN

Wichtige AdressatInnen sind für uns all jene, die ihren Wunsch nach individueller politischer Weiterbildung aufgrund ihrer politischen oder alltagskulturellen Wertentscheidungen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung verwirklichen wollen.

Besonders *Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer*, deren Chancen zu politischer Weiterbildung eingeschränkt sind, werden wir weiterhin mit Angeboten zur Nutzung vorhandener Freistellungsmöglichkeiten für die politische Arbeitnehmerweiterbildung ansprechen.

Wir bieten Möglichkeiten für *SeniorInnen*, die Chancen eines längeren Lebens aktiv durch Teilnahme an politischer Bildung zu nutzen und Erfahrungen einzubringen. Wir fördern den Dialog zwischen den Generationen.

Vor allem jene, die auf ihrem bisherigen Lebensweg nur geringe oder keine Chancen zum Erwerb politischer Bildung und politischer Handlungskompetenz hatten, sind uns willkommen, wie immer sich im Einzelnen ihre Zugehörigkeit zu einer sozialen, kulturellen, politischen Gruppierung auch beschreiben lassen mag. Die Ansprache von *Migrantinnen und Migranten* ist uns wichtig.

## 2. JUGEND UND POLITISCHER NACHWUCHS

Demokratie kann nicht vererbt, sie muss von jeder Generation neu gelernt werden. Eine Demokratie, von der sich die Jugend abwendet, hat keine Zukunft. In dieser Überzeugung widmen wir einen wichtigen Teil unserer Arbeit Formen des politischen Lernens und des politischen Engagements, die auch Jugendlichen Spaß machen. Wir wollen Jugendliche für Politik interessieren und insbesondere bei Jung- und ErstwählerInnen die Bereitschaft zur demokrati-

schen Teilhabe wecken. Wir wollen auch den Nachwuchs für das politische Ehrenamt fördern. So wenden wir uns u. a. an Aktive in politischen Jugendorganisationen, Jugendverbänden und Vertretungen von SchülerInnen.



## PRAXISBEISPIEL

### JUGENDLICHE ALS KULTURBOTSCHAFTER

Das Ruhrgebiet, Jugendliche verschiedener Herkunft auf der einen, Kulturstätten, Kulturinstitutionen, Museen und Kunstschaffende auf der anderen Seite zählen zu den Zutaten für das Erfolgsprojekt „Jugendliche mit Migrationshintergrund als KulturbotschafterInnen im Ruhrgebiet“. Die Grundidee ist einfach: Junge Migrantinnen und Migranten zwischen 13 und 20 Jahren aus Mülheim, Essen und Oberhausen machen sich mit regionalen Kulturinstitutionen oder Kulturangeboten vertraut und wecken durch eigene Präsentationen, Bild- und Foto-Ausstellungen, Tanz-Performances oder Filme auch bei anderen Jugendlichen in ihrem Umfeld Lust auf Kultur. Die Hip-Hop-Combo zählt dabei ebenso als Kultur wie die „Alte Dreherei“ in Mülheim an der Ruhr oder die „Folkwang Musikschule“ in Essen.

Über dieses Projekt identifizieren sich die Jugendlichen positiv mit ihrer Region und setzen sich über kulturelle Zugänge aktiv mit sozialen und politischen Fragen auseinander. Sie übernehmen Verantwortung für das kreative Zusammenbringen verschiedener Perspektiven und leisten damit einen wichtigen Beitrag für Verständigung und Zusammenhalt in einer Einwanderungsgesellschaft. Die Friedrich-Ebert-Stiftung engagiert sich als Partnerin dieser Projekte mit Workshopangeboten wie z. B. zu „Recherche- und Interviewtechnik“, „Einführung in den Fotojournalismus“, „Journalistische Schreibwerkstatt“ oder „Kulturmanagement“.

## 3. ENGAGIERTE IN GEWERKSCHAFTEN UND BETRIEBLICHEN INTERESSENVERTRETUNGEN

Eine wesentliche Wurzel der Sozialen Demokratie sind die Erfahrungen der demokratischen Arbeiterbewegung. Die Politik von Gewerkschaften und Sozialdemokratie hat es ermöglicht, dass aus verachteten Proletarierinnen und Proletariern gleichberechtigte und selbstbewusste Staatsbürgerinnen und Staatsbürger wurden.

Heute sind die Gewerkschaften ein entscheidender Bündnispartner für die Weiter-

entwicklung der Wirtschafts- und Sozialordnung nach den Prinzipien der Sozialen Demokratie.

Aktive, Haupt- und Ehrenamtliche aus den Gewerkschaften sowie betriebliche Funktionsträger sind deshalb wichtige Zielgruppen und Partner in unserem vielfältigen Spektrum der Bildungsprojekte.

## PRAXISBEISPIEL

### GESPRÄCHSKREIS „ZUKUNFT UND GERECHTIGKEIT“

Wir wollen den Dialog zwischen Politik und Gewerkschaften zu Zukunftsfragen unserer Gesellschaft fördern: Wie kann die ökonomische Globalisierung politisch gerechter gestaltet werden? Welchen Stellenwert haben die ArbeitnehmerInneninteressen in einer zunehmend international verflochtenen Wirtschaft? Wie denken gewerkschaftlich engagierte ArbeitnehmerInnen bzw. BetriebsrätInnen über politische Entscheidungen?

In Baden-Württemberg organisiert das Landesbüro der FES regelmäßig öffentliche Diskussionsforen in verschiedenen Städten. Konzeption, Thema und Moderation werden zusammen mit dem DGB-Landesbezirk und einer politischen Mandatsträgerin abgestimmt. Zu den Abendveranstaltungen werden vorrangig gewerkschaftliche FunktionsträgerInnen wie Vertrauensleute und BetriebsrätInnen, ArbeitnehmerInnen der gewerblichen Wirtschaft sowie VertreterInnen der Politik aller Ebenen eingeladen. Fachlicher Input aus Wissenschaft, Arbeitswelt und Politik liefert den Stoff für lebhaftere Debatten. Besondere Bedeutung hat neben dem verständigungsorientierten Dialog über Sachfragen auch die Möglichkeit zur persönlichen Begegnung von Menschen, deren Organisationen gemeinsame Wurzeln in der Arbeiterbewegung haben. Darüber hinaus eint sie das gemeinsame Interesse, die Gesellschaft nach den Prinzipien sozialer Gerechtigkeit zu gestalten.

## 4. MULTIPLIKATOR/INNEN MIT EINFLUSS AUF DIE GESELLSCHAFTLICHEN DEBATTEN

Soziale Demokratie verlangt die dauernde Fähigkeit und Bereitschaft der Gesellschaft zum Wandel im Sinne ihrer Grundwerte. Veränderungen im Interesse des Gemeinwohls und der sozial Schwächeren sind auf die politische Überzeugungskraft entsprechender Ideen angewiesen. Diese entsteht durch die zeitgerechte und überzeugende Diskussion politischer Konzepte in einer lernbereiten Gesellschaft.

Wir richten unser Angebot an Politikwerkstätten, Fachtagungen, Dialog- und Informationsveranstaltungen besonders an die Angehörigen jener Gruppen, die maßgeblich an den gesellschaftlichen Debatten beteiligt sind, diese prägen und weiterentwickeln. Dazu gehören u. a. *WissenschaftlerInnen, Führungskräfte aus Wirtschaft und Verbänden, LehrerInnen sowie ehemalige FES-StipendiatInnen.*



## 5. AKTIVE IN DER ZIVILGESELLSCHAFT

Zur politischen Weiterbildung gehört nicht nur die thematische Arbeit an den Problemen, die die Gesellschaft diskutiert, sondern ebenso Beratung und Kompetenztraining für effektives bürgerliches Handeln in Initiativen und Organisationen, z. B. auf den Feldern Integration und Ökologie. Die Aktiven in der Zivilgesellschaft wollen wir unterstützen, soweit ihr Engagement dem Gemein-

wohl verpflichtet ist und eine gesellschaftspolitische Perspektive hat. Wir wollen ihr politisches Selbstbewusstsein stärken und Organisations- bzw. Kommunikationskompetenzen vermitteln. Dazu organisieren wir Diskussions- und BürgerInnenforen, Zukunftswerkstätten und politische Seminare, in denen wir u. a. Raum zur gemeinsamen Reflexion von Erfahrungen bieten.

## 6. MULTIPLIKATOR/INNEN IN PARTEIEN UND PARLAMENTEN

Die persönliche Weiterbildung von Aktiven im politischen Ehrenamt und MandatsträgerInnen auf unterschiedlichen Ebenen hat eine besondere gesellschaftspolitische Bedeutung, da das Funktionieren der Demokratie, die Entfaltung politischer Kultur in der Praxis und das Vertrauen der BürgerInnen in die Demokratie von dieser Gruppe entscheidend abhängen. Mit Kompetenztraining, Politikberatung, Seminaren, Sommer-Akademien und der Einbeziehung der

Aktiven in öffentliche Dialoge entsprechen wir ihrem besonderen Weiterbildungsbedarf. Die Angebote unserer Kommunal-Akademie für KommunalpolitikerInnen und neu gewählte MandatsträgerInnen sind ein Beispiel dafür.

## 7. MEDIEN / KULTUR / KREATIVWIRTSCHAFT

Wir wollen mit einem Informations-, Bildungs- und Dialogangebot für JournalistInnen und den journalistischen Nachwuchs die Themen und Wertgrundlagen der Sozialen Demokratie im öffentlichen Diskurs zur Geltung bringen, um damit einen Beitrag zur erforderlichen Meinungsvielfalt in der Demokratie zu leisten. Dies wollen wir durch Professionalisierung, Qualifizierung, Netzwerkbildung und durch intensive Begegnungs- und Austauschmöglichkeiten zwischen Politik, Medienverantwortlichen und JournalistInnen ermöglichen.

Kunst und Kultur sind Elemente einer lebendigen Demokratie. Wir wollen den Dialog über die Bedeutung der Kunst und die Rolle der KünstlerInnen in der sich verändernden Gesellschaft führen. Die Spannungen zwischen den Polen einer Massenkultur – die sich, mit großem wirtschaftlichem Erfolg, vornehmlich der neuen Medien bedient – und andererseits Kunstwerken, die nur wenige erreichen können und wollen, bedürfen der fortgesetzten kulturpolitischen Reflexion.

Unter den technischen Bedingungen von Digitalisierung und Vernetzung vollzieht sich ein Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neue Formen der Meinungs- und Willensbildung entwickeln sich. Wir rich-

ten uns an diejenigen, die das Internet als zentralen Raum ihrer politischen, ökonomischen und kulturellen Aktivitäten begreifen. Ebenso wollen wir Schlüsselpersonen aus der wachsenden Internet- und Kreativwirtschaft in die Diskurse einer an Grundrechten orientierten Netzpolitik einbeziehen.



## PRAXISBEISPIEL

### **NACHWUCHSJOURNALIST/INNEN HINTER DEN KULISSEN DER BUNDESPOLITIK IN BERLIN**

Wie werden Politik und Gesetze in Berlin gemacht? Wie sieht der politische Alltag einer bzw. eines Abgeordneten aus? Wie funktioniert eine Fraktion im Deutschen Bundestag? Wie sieht das Wechselspiel von Politik und Medien aus der Nähe aus? Diesen Fragen spüren jedes Jahr 15 NachwuchsjournalistInnen im Rahmen eines vierwöchigen Hospitanzprogramms in der SPD-Bundestagsfraktion nach. Dabei arbeiten sie in Büros von Abgeordneten mit, begleiten diese zu Ausschusssitzungen und Hintergrundgesprächen, nehmen an Fraktionssitzungen und Parlamentarischen Abenden teil. Zu den Höhepunkten des Programms zählen die Diskussionen mit SPD-SpitzenpolitikerInnen sowie Besuche in den Studios von ARD und ZDF sowie dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Die Hospitanzprogramme sind eingebettet in ein differenziertes Baukastenangebot der FES-JournalistenAkademie. Diese vermittelt Kernkompetenzen, Medienpraxis sowie Spezialwissen zur journalistischen Berufsrolle und der Politikberichterstattung – auch im Rahmen einer eigenen Sommer-Akademie. Mit diesem Nachwuchs-Programm wollen wir zu einer demokratischen Medienkultur durch Qualitätsjournalismus beitragen, damit politische Prozesse besser verstanden und dargestellt werden können.

# VI ARBEITSFORMEN UND METHODEN

## 1. PLANUNGSPRINZIPIEN



Flexibilität und Bürgernähe kennzeichnen unsere politische Bildungsarbeit. Die optimale Verknüpfung von Lerninhalten, Themen und Zielgruppen mit den geeigneten Methoden und den jeweiligen Orten im Rahmen der verfügbaren Ressourcen ist ein dynamischer Prozess, in dem wir unsere Bildungsangebote umsetzen. Dabei richten wir unsere Bildungsangebote auf struktureller Ebene an den Prinzipien der **Regionalisierung**, **Flexibilisierung** und **Differenzierung** aus, um mit einem breiten Spektrum von Projekten, Formaten und unterschiedlichen Lernorten unsere AdressatInnen zu erreichen.

Die **Regionalisierung** unseres Angebots ermöglicht dabei einen lokalen Bezug bei der Gestaltung der Angebote und eine bessere Erreichbarkeit für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Politische Urteils- und Handlungskompetenzen können mit direktem Bezug zum eigenen Wirkungsfeld gefördert werden. Unsere Landes- und Regionalbüros haben hier eine wichtige Funktion. Hinzu kommen zahlreiche dezentrale Aktivitäten der in Bonn und Berlin angesiedelten Arbeitseinheiten.

Der vorhandene zeitliche Rahmen von Bürgerinnen und Bürgern für politische Bildung ist enger geworden. Es zeigt sich eine große Nachfrage



nach kürzeren Veranstaltungen: Stundenweise Diskussionsveranstaltungen oder Gesprächskreise sind häufige Formen zur Förderung des öffentlichen Dialogs an den Schnittstellen von Gesellschaft und Politik. In unserer politischen Seminararbeit gestalten wir die intensivere Auseinandersetzung mit einem Thema mit größerer zeitlicher **Flexibilität**: Neben Wochenseminaren spielen ein- bis zweitägige Formate und halbtägige Workshops eine bedeutende Rolle in unseren Angeboten, die jeweils auch eine flexible methodische Gestaltung der Lernwege erforderlich machen.

Zudem kennzeichnen auch themen- und zielgruppenspezifische, bundesweite Projekte unsere Bildungsangebote: Diese **Differenzierung** unserer Angebote ermöglicht es, die Lerninteressen und spezifischen Herausforderungen unterschiedlicher Adressatenkreise inhaltlich wie methodisch gezielt zu berücksichtigen. Neben der Förderung einer breiten öffentlichen Auseinandersetzung zur Verständigung über wichtige politische und gesellschaftliche Fragen kann ein Austausch bestimmter Akteure oder Interessengruppen untereinander die jeweilige politische Handlungskompetenz stärken.

Der Schwerpunkt unserer Arbeit hat sich entsprechend vom Betrieb fester Tagungs-

häuser hin zu einer **Vielfalt an Lernorten** verschoben. Ein Netzwerk von festen und wechselnden Tagungsstätten ermöglicht eine bessere Erreichbarkeit und regionale Anbindung unserer Veranstaltungen. Gleichwohl kann gemeinsames Lernen und Trainieren auch Abstand zum Alltag und einen längeren Zeitrahmen und die Gelegenheit für konzentriertes Arbeiten im kleinen Kreis erfordern. Mit der Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel verfügen wir über einen geeigneten und traditionsreichen Lernort. Darüber hinaus sind uns mit der Gesellschaft für Politische Bildung in der Akademie Frankenwarte in Würzburg und der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V. in Kochel weitere Tagungshäuser verbunden.

Auch **virtuelle Lernorte** spielen für unsere Bildungsarbeit eine große Rolle. Neben der Bedeutung als wesentliche Informationsquelle für das politische, wirtschaftliche und soziale Leben ist das Internet zu einem zentralen Ort des Austauschs, des politischen und sozialen Engagements sowie der öffentlichen Auseinandersetzung mit Politik und Gesellschaft geworden. Die spezifischen Möglichkeiten wie Herausforderungen onlinebasierter Kommunikation sind, bezogen auf unsere jeweiligen Arbeitsziele, auch ein integraler Bestandteil unserer politischen Bildungsarbeit ge-

worden. Das verständigungsorientierte Gespräch unter Anwesenden bleibt als wesentliches Element von politischen Bildungsprozessen unverzichtbar, wird aber mit neuen Möglichkeiten verknüpft.

Auf der Ebene der konkreten Bildungsprozesse ist unsere politische Bildungsarbeit für eine lebendige Demokratie konsequent beteiligungsorientiert ausgerichtet. Die politische Urteils- und Handlungskompetenz sowie das Engagement der Bürgerinnen und Bürger nachhaltig zu stärken, kann nicht ohne die aktive Einbindung der Teilnehmenden mit ihren Fragen und Anregungen gelingen. Internetbasierte Kommunikationsmöglichkeiten erleichtern dabei den direkten Austausch mit Teilnehmenden bei der Entwicklung unserer Bildungsangebote.

TeilnehmerInnen- und Beteiligungsorientierung wirken sich nicht nur auf die methodische Gestaltung unserer Bildungsangebote aus. Sie bedeuten auch, durch unsere Arbeit eine wirkungsvolle Beteiligung in Politik und Gesellschaft zu unterstützen. Virtuelle soziale Netze im Zusammenhang mit unseren Bildungsangeboten, wie z. B. in der Akademie Management und Politik, ermöglichen es hier beispielsweise, die Vernetzung und das Engagement der Teilnehmenden über unsere Veranstaltungen hinaus gezielt zu stärken. TeilnehmerInnen- und Beteiligungsorientierung sind damit mehr als didaktische Überlegungen zur Gestaltung nachhaltiger Lernprozesse. Sie sind auch Ausdruck unserer Überzeugung, dass Demokratie nur durch aktive Beteiligung ihrer Bürgerinnen und Bürger zukunftsfähig bleibt.



## 2. VIER SÄULEN UNSERER BILDUNGSARBEIT

Unsere Bildungsarbeit basiert auf den vier „Säulen“ **Politikvermittlung, Lernprojekte, Kompetenztrainings** und **Politikberatung**. Diese Dimensionen unserer Arbeit sind idealtypisch zu verstehen und können in der Praxis auch ineinander übergehen. Jede dieser Säulen trägt auf ihre eigene Weise zur Entwicklung der politischen Kultur der Demokratie und zur Weiterentwicklung der Urteils- und

Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger bei. Die jeweils geeigneten Methoden und Zugänge zu wichtigen politischen und gesellschaftlichen Fragen wählen wir nach Kriterien der optimalen Erreichung der Ziele unserer politischen Bildungsarbeit aus. Neben unseren Präsenzveranstaltungen und Printmedien spielen dabei auch Online-Angebote eine elementare Rolle.

Arbeitsformen				
	Politikvermittlung	Lernprojekte	Kompetenztrainings	Politikberatung
Präsenz-Angebote	Öffentliche Dialoge Regionalforen Themenforen Symposien Fachtagungen Ausstellungen	Themenseminare Planspiele Zeitzeugengespräche Exkursionen Open Space Literatur-, Filmworkshops, u. a.	Qualifizierungsprogramme für: <ul style="list-style-type: none"> <li>• politisches Ehrenamt</li> <li>• politisches Mandat</li> <li>• bürgerschaftliches Engagement</li> <li>• journalistische Aufgaben</li> </ul>	Fachkonferenzen Expertenhearings Gesprächskreise Hintergrundgespräche Planungszellen Zukunftswerkstätten Szenarioworkshops
Online-Angebote	Themenportale Mediatheken Blogs Podcasts	E-Learning-Module E-Planspiele Blended Learning Lernpartnerschaften	Blended Learning Online-Netzwerke Arbeitsmaterialien	Analysen Gutachten
Printmedien	Veranstaltungsdokumentationen	Lern- und Arbeitsmaterialien	Trainingsbücher Lesebücher	Policy Paper Studien

---

## 2.1 Politikvermittlung

---

Unsere **Informations- und Dialogangebote** tragen zum politischen Dialog und zur Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels bei, indem sie Informationen über grundsätzliche und aktuelle Fragestellungen aus Politik und Gesellschaft bieten. In der Politikvermittlung geht es dabei vor allem um die Förderung einer demokratischen Öffentlichkeit durch differenzierte Information mit vielfältigen, offenen Zugängen für verschie-

dene Zielgruppen und AdressatInnen. An dieser Zielsetzung ausgerichtete Angebote machen politische Entscheidungsprozesse, ihre Hintergründe, aber auch politische Interessenkonflikte sichtbar. Sie fördern die Verständigung und regen die kritische Diskussion zwischen gesellschaftspolitisch Interessierten, Fachkundigen und politischen Akteuren an. Als Foren des wechselseitigen Austauschs leisten sie darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit an politischen Meinungsbildungsprozessen.

### PRAXISBEISPIEL

#### WANDERAUSSTELLUNG

#### „UNEINS – ABER EINIG? ZUR GESCHICHTE DES VERHÄLTNISSSES VON SPD UND GEWERKSCHAFTEN“

Mit „Uneins – aber einig?“ präsentiert die FES eine Ausstellung, die das Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften seit den 1860er Jahren in Wort und Bild nachzeichnet. Sie ist eine von mehreren Wanderausstellungen, die wir bundesweit zur Präsentation anbieten. Bei der Verwirklichung aller unserer Ausstellungen kooperieren wir mit einem oder mehreren Partnern vor Ort. Der Thematik von „Uneins – aber einig?“ entsprechend, stößt diese Ausstellung bei Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und anderen Organisationen der demokratischen Arbeiterbewegung auf besonderes Interesse.

Wir verfolgen mit dieser Ausstellung mehrere Ziele zugleich: Zum einen dient sie mit ihren Bild- und Texttafeln, die das Historische Forschungszentrum der FES entwickelt hat, der Vermittlung historischer Fakten über das wechselvolle, aber stets enge und von gemeinsamen Zielen geprägte besondere Verhältnis zwischen SPD und den Gewerkschaften. Zum anderen schaffen wir mit den Ausstellungseröffnungen und den zahlreichen Rahmenveranstaltungen Orte der Begegnung – und fördern damit den aktuellen Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik.



Unsere Foren und Dialogreihen, in der Regel mehrstündige Diskussionsveranstaltungen, sind dabei oft auf ein Politikfeld oder besondere aktuelle oder regionale Fragen von öffentlichem Interesse bezogen. Im Rahmen von ein- oder mehrtägigen Symposien und Fachtagungen stellen wir ein Schwerpunktthema in einer entsprechenden Fachöffentlichkeit unter Beteiligung von Verantwortlichen aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft und Medien vertieft zur Debatte. Gesprächskreise, Vorträge und Gespräche mit ExpertInnen zählen ebenfalls zu unseren Angeboten der Politikvermittlung. Diejenigen Zielgruppen in ein Gespräch zu bringen, die zwar gemeinsam von einem Thema betroffen sind, aber nicht immer zu einem unmittelbaren Austausch finden, ist uns dabei ein besonderes Anliegen.

Auch mit Ausstellungen wie „Willy Brandt – ein politisches Leben“ oder „Uneins – aber einig? Zur Geschichte des Verhältnisses von SPD und Gewerkschaften“, weisen wir auf wichtige politische und gesellschaftliche Themen hin und machen Hintergrundinformationen zugänglich. Im Rahmen unserer Ausstellungen „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ unterstützen wir beispielsweise in sogenannten „peer“-Projekten mit entsprechenden Qualifizierungsangeboten Jugendliche, die begleitend zur Ausstellung Führungen und andere Programmaktivitäten für Jugendliche organisieren. So setzen wir über die Wissensvermittlung hinaus

zusätzliche Impulse für Engagement und Verantwortungsübernahme.

Ergänzt werden diese Präsenzangebote der Politikvermittlung durch weitere vertiefende Informationen in Form von Kurzanalysen, Studien und Dokumentationen als Onlineangebot in unseren Mediatheken und Themenportalen oder als Printmedien. So werden beispielsweise in der OnlineAkademie Grundlagentexte, Unterrichtsmaterialien, aktuelle Meldungen und Veranstaltungshinweise, Glossare u. a. zu Themen wie Globalisierung, Sozialer Demokratie, Generationengerechtigkeit oder europäischer Identität bereitgestellt.

---

## 2.2 Lernprojekte

---

**Lernprojekte** unterschiedlichster Form sind ein weiterer wesentlicher Bestandteil unserer politischen Bildungsarbeit. In ihnen werden jenseits der Alltagsdebatten vertiefte Kenntnisse politischer Themen vermittelt, Urteilskraft gestärkt und Dialogkompetenz gefördert und zur demokratischen Teilhabe motiviert. Sie wenden sich entweder an bestimmte Zielgruppen oder sind für alle am jeweiligen Thema Interessierten offen. Entsprechend unterschiedlich sind die pädagogisch-didaktischen Arbeitsformen.

Vor allem im Bereich der Lernprojekte bieten Online-Angebote neue Möglichkeiten, die wir gezielt einsetzen. Selbstgesteuertes

E-Learning bietet den Lernenden die Möglichkeit, Zeitpunkt, Intervalle, Tempo und Ort ihrer Lernaktivitäten selbst festzulegen. Live E-Learning, z. B. im Rahmen der „webinare“ der JournalistenAkademie, bietet

synchrone Lernformen in einem virtuellen Klassenraum zu einem festgesetzten Termin. Sie werden zum Teil in Form von Blended Learning mit Präsenzveranstaltungen verbunden.

## PRAXISBEISPIEL

### WWW.FES-KOMMCHECKERS.DE – KOMMUNALPOLITIK EINFACH ONLINE LERNEN

Was sind freiwillige kommunale Leistungen? Welche Rechte hat ein Gemeinderatsmitglied? Was kann ich dem kommunalen Haushaltsplan entnehmen? Antworten auf diese und viele weitere Fragen bietet das E-Learning-Programm „fes-kommcheckers.de“ für kommunalpolitisch Interessierte und EinsteigerInnen in die Kommunalpolitik.

Mit dem Programm „fes-kommcheckers.de – Kommunalpolitik einfach online lernen“ beschreitet die OnlineAkademie neue Wege in der internetgestützten Vermittlung politischer Bildung. Auf einer passwortgeschützten Lernplattform steht für die Teilnehmenden umfangreiches Lehrmaterial bereit, das von Texten über Audiointerviews bis zu interaktiven Lernkontrollen und Videodiskussionen reicht. Das Programm richtet sich an eine Zielgruppe, die sich online – zeitlich flexibel und unabhängig von Zeit und Ort – politisch bilden und mit den Mitlernenden in den Austausch treten will. Ein Online-Tutor oder eine -Tutorin unterstützt die Online-Lernenden („E-Lerner“) beim Lernprozess. Ein Präsenzseminar zum gegenseitigen Kennen lernen und Vernetzen rundet das innovative Angebot ab.

Themenseminare, ZeitzeugInnengespräche oder Exkursionen werden von uns ebenso angeboten wie stärker interaktive und beteiligungsorientierte Lernprojekte, bei-

spielsweise in Form von Open-Space-Veranstaltungen, Fish-Bowl-Diskussionen oder World Cafés zu politischen und gesellschaftlichen Fragen.



Gerade für junge Zielgruppen bieten politische Planspiele vielfältige Lernchancen: Über die realitätsnahe Simulation politischer Prozesse in Planspielen wie z. B. „Meet Europe“ erarbeiten sich die Teilnehmenden ein praxisbezogenes Verständnis komplexer politischer Zusammenhänge. Die Simulati-

on eines europäischen Ratsgipfels wird in diesem Planspiel auch durch webgestützte Vorverhandlungen der Delegationen vorbereitet. Im Kontakt mit politischen Gästen bei diesen Veranstaltungen werden oft auch Zugänge zu politischem Engagement über das Planspiel hinaus geschaffen.

## PRAXISBEISPIEL

### „RESET KLIMASCHUTZ: EIN OPEN SPACE ZU HANDLUNGALTERNATIVEN“

Von den möglichen Folgen des Klimawandels sind wir alle betroffen. Daher stehen viele Fragen zur Diskussion, die nicht zuletzt eine besondere Methode erfordern: Wie bedrohlich ist der Klimawandel? Was sind mögliche Ursachen und was kann man dagegen unternehmen? Wie werden sich die Folgen des Klimawandels langfristig auf unser und das Leben zukünftiger Generationen auswirken? Was können junge Menschen, die sich engagieren wollen, konkret vor Ort unternehmen?

Beim „Open Space“ kommen Menschen zusammen, die gemeinsam an einen Thema oder einer Problemlösung arbeiten möchten. Festgelegt sind dabei lediglich das Rahmenthema sowie eine zeitliche Struktur der Veranstaltung. Diesem Veranstaltungsformat liegt das Prinzip der Selbstorganisation zugrunde – kein vorgefertigtes Programm, Hauptakteure sind die Teilnehmenden selbst, und sie bringen ihre eigenen Kompetenzen und Anliegen gleichberechtigt ein. Diese partizipative Methode eröffnet viel Raum für kreative Projektideen sowie konkrete Verabredungen zum gemeinsamen Handeln. „Im Verlauf der Veranstaltung ist mir erst so richtig bewusst geworden, wie wichtig Klimaschutz für uns alle ist“, resümierte eine Schülerin ihre Erfahrungen mit dem Open Space. „Ich habe heute viele konkrete Ideen mitnehmen können, wie ich selbst einen kleinen Beitrag zu mehr Umweltschutz leisten kann“, fasste ein weiterer Schüler seine Eindrücke abschließend zusammen.

Aber auch über kreativ-kulturelle Zugänge laden wir z.B. in Theater-, Film- oder Literaturworkshops zur politischen Auseinandersetzung ein. Oft erarbeiten insbesondere Jugendliche in Film-, Schreib-, Theater- oder Musikwerkstätten eigene Perspektiven zu wichtigen politischen oder gesellschaftlichen Herausforderungen, wie beispielsweise der Zukunft der Europäischen Union oder der interkulturellen Verständigung. Über die Erarbeitung von Orientierungswissen hinaus unterstützen derartige Lernprojekte eine Entwicklung eigener politischer Standpunkte.

---

### 2.3 Kompetenztrainings

---

**Kompetenztrainings** vermitteln in Verbindung mit gesellschaftspolitischen Fragestellungen methodische Schlüsselqualifikationen für die Übernahme von Verantwortung im politischen und bürgergesellschaftlichen Ehrenamt. Die Vermittlung unmittelbarer Handlungskompetenz steht dabei im Mittelpunkt. Dazu zählen diskursive Kompetenzen wie Rhetorik und Kommunikationsverhalten, Medienkompetenz und Öffentlichkeitsarbeit, organisatorische Kompetenzen wie Projekt- und Zeitmanagement sowie Teamentwicklung und Konfliktmanagement. Aber auch Programm- und Strukturkompetenzen oder historische Kenntnisse werden vermittelt.

Kompetenztrainings werden als Einzelseminare oder Ausbildungsprogramme

angeboten. Sie sind oftmals modular angelegt und wenden sich insbesondere an Führungs- und Nachwuchskräfte in gemeinnützigen Organisationen bzw. ausgewählte Zielgruppen, die besondere Qualifikationen für ein schon realisiertes oder angestrebtes politisches Engagement suchen. Die Arbeitsformen sind auf die Anforderungen der Zielgruppe zugeschnitten. Einzelne Komponenten des Trainings bauen in zeitlicher Abfolge aufeinander auf und verschränken sich.

Insbesondere Kompetenztrainings für eine ausgewählte Zielgruppe können auch eine stärker ausgeprägte thematische Komponente enthalten und eine Kombination aus Themen- und Kompetenzseminar darstellen. Beispiele hierfür sind u.a. die Angebote der KommunalAkademie wie „Ich will Bürgermeister/Bürgermeisterin werden“, der JournalistenAkademie, des Projekts „Bürgerschaftliches Engagement älterer Menschen stärken“ oder die Seminare der Akademie für Soziale Demokratie, die auf eine Stärkung der politischen Überzeugungsfähigkeit auch durch fundiertes fachliches Wissen abzielen.

Die Lernwege sind hier mit Impulsreferaten und Lehr- und Beratungsgesprächen, Plan- und Rollenspielen, Gruppen- und Einzelarbeit, aber auch als E-Learning-Module gestaltet.



---

## 2.4 Politikberatung

---

Die Stärkung von Urteils- und Handlungskompetenz ist zentrales Anliegen unserer Bildungsarbeit. Nach unserem Verständnis muss politische Bildung auch dazu beitragen, politischen Sachverstand herauszubilden und fortzuentwickeln. Mit unseren Instrumenten der Politikberatung streben wir die Vermittlung von Informationen und Kompetenzen, für die unmittelbare Verbesserung der Analyse-, Orientierungs- und Handlungsfähigkeit politischer Akteure an. Politikberatung im Rahmen der politischen Bildung umfasst dabei mehrere Aspekte: Sie kann die Vermittlung fachlicher und methodischer Expertise ebenso beinhalten wie die Dialogorganisation und Darstellung unterschiedlicher Positionen im Kreis der ExpertInnen eines bestimmten Politikfeldes. So kann Politikberatung z. B. eine unterstützende Rolle beim Agenda-Setting spielen, wenn sie hilft, Themen durch Beratung und Dialogorganisation auf die Agenda politischer EntscheidungsträgerInnen zu bringen. Gerade im Rahmen der politischen Bildungsarbeit kann sich Politikberatung aber auch in der Organisation von dialogorientierten Prozessen der freiwilligen BürgerInnenbeteiligung manifestieren und in der Vermittlung deren Willens an politische EntscheidungsträgerInnen.

Politikberatung übernimmt damit immer eine wichtige Vermittlungsfunktion zwi-

schen politischer Praxis, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft. In der Regel erfordert die Politikberatung einen längerfristigen Dialog zwischen ExpertInnen und Akteuren. Die politische Bildung der FES nimmt mit ihren Netzwerken in Politik und Gesellschaft eine wichtige Multiplikator- und Scharnierfunktion zu den Expertisen ein, die insbesondere in der wissenschaftlichen und internationalen Arbeit der FES entstehen.

Durch Analysen und Gutachten oder den fachlichen Austausch von Funktions- und EntscheidungsträgerInnen mit einer Fachöffentlichkeit z. B. aus Wissenschaft, Forschung oder Wirtschaft, in Hintergrundgesprächen und Fachtagungen tragen wir dazu bei, dass gerade bei komplexen Themenstellungen verschiedenste auch konkurrierende Positionen zur Kenntnis genommen und berücksichtigt werden. Lern- und Arbeitsbücher zum Thema Rechtsextremismus mit umfassenden Analysen und Handlungsvorschlägen sind hier ebenso beispielhaft zu nennen wie die Kurzbeiträge aus der Reihe „Policy – Politischen Akademie“.

Hearings mit ExpertInnen und Gesprächskreise bieten die Möglichkeit, auch vertieft auf Fragen einzugehen, die sich in der aktuellen politischen Entscheidungsfindung stellen, und verschiedene Positionen abzuwägen. Gesellschaftspolitische Studien zu den politischen Milieus in

Deutschland, Reformen, Demokratieerne und Wahlverhalten oder rechtsextremen Einstellungen in Deutschland stießen wiederholt auf immenses öffentliches Interesse und haben tiefgreifende politische Diskussionsprozesse bis ins Parlament hinein ausgelöst.

Dort, wo wir politikberatend wirken, unterstützen wir zudem die Verknüpfung von etablierten und neuen Engagementformen. So können z. B. die Potentiale des Internets zur Aktivierung von Mitgliedern in Großorganisationen in einem Seminar mit politisch Engagierten erschlossen werden.

## PRAXISBEISPIEL

### „SZENARIOWORKSHOP THÜRINGEN“

Was wird das künftige Leben im Freistaat Thüringen in den nächsten zehn Jahren entscheidend prägen? Wie sollen die Herausforderungen des demografischen Wandels, Klimaschutzes und der negativen Haushaltsentwicklung bewältigt werden? Ziel des innovativen Veranstaltungsdesigns „Szenarioworkshop“ ist es, die Sichtweise von Fachleuten um konkrete Vorschläge von Bürgerinnen und Bürgern als „ExpertInnen der alltäglichen Praxis“ anzureichern und Handlungsempfehlungen für die Politik zu entwickeln. Damit soll eine breite Beteiligung an der Formulierung langfristiger Politikziele und zugleich an der Politikberatung ermöglicht werden. In Thüringen diskutieren dazu 15 nach dem Zufallsprinzip ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus verschiedenen sozialen Milieus in einem dreitägigen Workshop diverse mögliche Szenarien der Landesentwicklung – stets verbunden mit der zentralen Frage, welche politischen Entscheidungen in unterschiedlichen Denkmodellen getroffen werden müssen, um eine positive Entwicklung Thüringens zu befördern. Diese Handlungsempfehlungen wurden publiziert und in einer öffentlichen Veranstaltung mit Regierungsmitgliedern Thüringens diskutiert. Mit ihnen wurde zudem vereinbart, nach ein bis zwei Jahren gemeinsam den Umsetzungsstand der von der Politik offen aufgegriffenen Handlungsempfehlungen öffentlich zu überprüfen.



Vor allem in kommunalen und lokalen Entscheidungsprozessen lassen sich mit geeigneten Formaten unter intensiver Einbeziehung der Betroffenen neue Lösungsansätze entwickeln. Sie werden in einem abschließenden Gutachten der Verwaltung, Politik und der Öffentlichkeit vorgestellt und können in den politischen Gestaltungsprozess einfließen. In BürgerInnenkonferenzen z. B. zu den „Ursachen von Rechtsextremismus und möglichen Gegenstrategien der Politik“, arbeiten sich Bürgerinnen und Bürger umfassend in das Thema Rechtsextremis-

mus ein und verfassen nach intensiver Diskussion ein Konsenspapier. Dieses enthält die aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger wichtigsten Ursachen des Rechtsextremismus in Deutschland sowie zahlreiche konkrete Vorschläge, was Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, aber auch Einzelpersonen unternehmen können, um rechtsextremistische Bestrebungen zurückzudrängen. Zukunftswerkstätten oder Planungszellen sind weitere Methoden, die sich für die partizipative Entwicklung gesellschaftlicher Problemlösungen anbieten.

# VII ERGEBNISSE, WIRKUNG UND QUALITÄTSSICHERUNG

---

## Ergebnisse unserer Arbeit und deren Wirkung

---



Die etwa 2.500 Veranstaltungen des Bereichs Politische Bildung der Friedrich-Ebert-Stiftung werden jährlich von mehr als 200.000 Bürgerinnen und Bürgern besucht. Die Teilnahme basiert auf individuellen und freien Entscheidungen, die eigene Zeit und in vielen Fällen auch einen finanziellen Beitrag für die Teilnahme an einem unserer Veranstaltungsangebote aufzubringen. Dienstliche Abordnungen, wie z. B. bei Seminargruppen der Bundeswehr, oder die Teilnahme von Schülerinnen im Klassenverband, deuten zudem auf eine Wertschätzung unserer Arbeit bei wichtigen institutionellen Partnern hin. Ca. 13 Millionen Internetzugriffe auf Onlineformate sowie über 4.000 Pressemeldungen pro Jahr spiegeln ebenfalls eine erfreulich große Resonanz unserer Angebote wider. Jenseits quantitativer Betrachtungen liegt uns aber sehr daran zu überprüfen, ob wir die eingangs beschriebenen Ziele mit unseren Bildungsangeboten auch erreichen.

Die Wirkung politischer Bildungsarbeit zu erfassen und qualitativ zu bewerten ist



hingegen eine komplexe und nur begrenzt leistbare Aufgabe. Für politische Bildungsarbeit und ihre Wirkung auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene gibt es keine eindeutigen Gesetzmäßigkeiten wie z. B. in der Naturwissenschaft. Der Zusammenhang von Intention und Wirkung kann nicht exakt gemessen werden. Politische Bildung zielt nicht vorrangig auf isoliertes Speicherwissen, sondern auf Einstellungs- und Verhaltensänderungen in den Lebensbezügen der Teilnehmenden. Die individuellen Ergebnisse dieser Bildungsprozesse gestalten die Lernenden selbst entscheidend mit. Welche gesellschaftlichen oder politischen Veränderungen anschließend mit neu erworbenen Kompetenzen gelingen, bestimmt wiederum ein komplexes Zusammenspiel aus vielfältigen Faktoren, das sich nur begrenzt beeinflussen und vorhersagen lässt. Wirkung stellt sich hier in langen Zeiträumen und in Form von Wirkungsketten ein. Erfolgsfaktoren sowie Zusatz- und Nebeneffekte in verschiedenen Wirkungsbreiten lassen sich kaum eindeutig zuordnen.

Dennoch und gerade weil die Wirkungen politischer Bildung nicht eindeutig vorhersehbar sind, besteht ein enormes Eigeninteresse an einem Diskurs über den Zu-

sammenhang von Zielen, Ergebnissen und Wirkungsbeobachtung unserer Bildungsarbeit. Deshalb haben wir das System der Eigenevaluation und der Qualitätssicherung ausgebaut.

---

### **Verständnis und Praxis unserer Evaluation**

---

Wir evaluieren, um unsere Projekte und Aktivitäten zu verbessern und ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Unter Evaluierung verstehen wir die methodische Erfassung und Bewertung von Informationen im Interesse eines besseren Verstehens und Gestaltens unserer didaktischen Entscheidungsprozesse. Wir wollen offensichtliche Erfolge dokumentieren, Stärken weiter ausbauen und Schwachpunkte bearbeiten. Dazu evaluieren wir die folgenden Aspekte: Sind unsere Programme ansprechend? Haben wir genügend TeilnehmerInnen erreicht? Haben wir die richtigen Zielgruppen erreicht? Haben wir Orte und Zeiten richtig gewählt? Wie war die Zufriedenheit der Teilnehmenden? Haben wir die richtigen Inhalte und diese auch in geeigneter Methodik vermittelt? Welchen Nutzen hatten die Programme für unsere TeilnehmerInnen und was wurde damit in der gesellschaftlichen Praxis erreicht?

## PRAXISBEISPIEL

### ORGANISATIONS- UND KOMMUNIKATIONSMANAGEMENT

Bürgerschaftliches und politisches Engagement verlangt professionelle Kompetenzen in Organisation und Kommunikation. Verantwortliche in Non-Profit-Organisationen stehen immer wieder vor neuen Herausforderungen: Wie können sie die Arbeit in der Organisation effektiv gestalten? Wie bringen sie das Anliegen der Organisation in der Öffentlichkeit zur Geltung? Wie werden jeweils UnterstützerInnen gewonnen? Die praxisnahen Qualifizierungsprogramme in den Ausbildungsgängen „Organisationsmanagement“ und „Kommunikationsmanagement“ der Akademie Management und Politik bestehen aus je zehn handlungsorientierten Trainingsmodulen, die dabei Hilfestellungen geben.

„Ich kommuniziere anders und kann früher Konflikte entschärfen. Ich habe gelernt, in meiner gesellschaftspolitischen Arbeit wertschätzender mit anderen umzugehen“, so eine Teilnehmerin, die den Ausbildungsgang Organisationsmanagement erfolgreich abgeschlossen hat. Hier wird in kleinen Gruppen vermittelt und praktisch erprobt, überzeugend nach innen aufzutreten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter professionell zu führen, sowie Projektarbeit, Veränderungsmanagement- und Wissensmanagementprozesse effektiv zu steuern. Am Programm der Akademie Management und Politik nehmen im Jahresdurchschnitt bis zu 700 Personen teil; über 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben bereits einen Ausbildungsgang abgeschlossen.



Bildungserfolge hängen in ihrer Bewertung vom jeweiligen Betrachtungsstandpunkt ab. Es ist bei einer Auswertung also immer zu klären, warum welche Kriterien zu einem Urteil führen, und es ist wichtig, dabei die Perspektiven aller Beteiligten zu berücksichtigen. Folgende vier Stufen der Evaluierung beschreiben verschiedene methodische Ansätze, deren Reichweite und den damit verbundenen Aufwand.

### ■ **Meinungsbefragung am Ende einer Veranstaltung**

Politische Bildung, die das Ideal mündiger und kritischer Bürger und Bürgerinnen verfolgt, muss auch in der Evaluierung die Betroffenen zu Beteiligten machen. Dabei han-

delt es sich um keine Wirkungsmessung, sondern um eine subjektive Einschätzung der TeilnehmerInnenzufriedenheit mit Evidenzcharakter. Erfreulicherweise haben in den letzten Jahren über 90 % der Teilnehmenden an unseren mehrtägigen Seminarprogrammen diese anhand standardisierter und projektspezifischer Fragebögen mit „sehr gut“ oder „gut“ bewertet. Wie die Grafik zeigt, setzte sich diese Beurteilung auch im Jahr 2009 fort. Diese Werte wurden auf der Basis von Befragungen der etwa 10.000 TeilnehmerInnen an mehrtägigen Seminaren im Jahre 2009 ermittelt. Nach Schulnoten auf einer Skala von eins bis fünf wurden unterschiedliche Aspekte unseres Angebots im Mittel wie folgt beurteilt:

#### **FES-Seminarbeurteilungen von TeilnehmerInnen nach Schulnoten in 2009**

Sind Ihre Erwartungen an die Inhalte der Veranstaltung erfüllt worden?	1,93
Sind die Inhalte abwechslungsreich erarbeitet worden?	1,76
Wurden die Inhalte verständlich erklärt?	1,48
Wie war das persönliche Engagement der Leitung?	1,36
Bitte bewerten Sie Ihren persönlichen Lernerfolg.	1,96
Wie beurteilen Sie die Veranstaltung insgesamt?	1,67

### ■ **Feststellung des Lernfortschritts am Ende einer Veranstaltung**

Diese empfiehlt sich besonders in Programmen zur Vermittlung von Schlüsselqualifikationen wie z. B. Kommunikations- und Organisationskompetenz, Rhetorik oder IT-Anwendungen. Durch Integration von Leistungsproben in den Arbeitsprozess erhalten sowohl die Lernenden als auch die TrainerInnen ein unmittelbares Feedback.

### ■ **Anwendung des Gelernten im Praxisbereich**

Zu den positiven Ergebnissen unserer Qualifizierungsangebote für Jugendliche zählt hier exemplarisch die Zivilcourage zweier Oberstufenschüler aus Penzberg bei München. Der „Münchener Merkur“ berichtete, dass die beiden als Zeugen eines gewalttätigen Übergriffs sich schlichtend einmischten und so Schlimmeres verhinderten. Diesen Einsatz brachten sie selbst in einen Zusammenhang mit einem Zivilcouragetraining der Friedrich-Ebert-Stiftung, das sie zuvor aus eigenem Antrieb besucht hatten.

### ■ **Wirkungen auf gesellschaftlicher Ebene**

Je höher das Abstraktionsniveau der zu evaluierenden Zielebene, umso größer ist die Versuchung, mit hehren Vagheiten zu

operieren. Für eine Wirkungsbeobachtung auf gesellschaftlicher Ebene spielen die unserer Planung zugrunde liegenden Wirkungsannahmen sowie die Interpretation der Ergebnisse anhand von Indikatoren eine wichtige Rolle. Welcher Fortschritt bezogen auf unsere Oberziele erreicht werden konnte, versuchen wir mit Hilfe von Plausibilitäten im Kontext relevanter gesellschaftlicher und politischer Veränderungen in einem kritischen Diskurs zu reflektieren. Die Formulierung von projektbezogenen Wirkungsannahmen und geeigneter Indikatoren der Wirkungsbeobachtung verlangt hohe Fachkompetenz und besondere Berufserfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Der Erfolg von Projekten, die auf die Gestaltung des öffentlichen Diskurses zielen, kann durch mediale Aufmerksamkeit erhöht werden. Zwei Beispiele verdeutlichen dies:

Mit der sozialwissenschaftlichen Untersuchung „Gesellschaft im Reformprozess“, einer wichtigen Datengrundlage zu soziokulturellen Voraussetzungen für die Entwicklung von Formaten unserer politischen Bildungsarbeit, löste die Friedrich-Ebert-Stiftung 2006 eine vehemente bundesweite Debatte aus, in deren Zentrum das von den Autoren der Studie so genannte „abhängte Prekariat“ stand, d. h. ein von sozialem Ausschluss und Abstiegs Erfahrung geprägtes politisches Milieu. Die enorme Medienresonanz der „Prekariatstudie“



sowie das große öffentliche Interesse von Bürgerinnen und Bürgern mündete in einer Bundestagsdebatte über den schwindenden gesellschaftlichen Zusammenhalt sowie notwendige Maßnahmen zur Armutsbekämpfung.

Eine weitere Studie der Stiftung zu rechtsextremen Einstellungen und ihren Einflussfaktoren, entstanden auch zur Orientierung unserer Bildungsarbeit in diesem Bereich, erregte ebenfalls erhebliche öffentliche Aufmerksamkeit. Die bedrückende Erkenntnis der Untersuchung, derzufolge der Rechtsextremismus „Vom

Rand zur Mitte“ der Gesellschaft vorge-rückt ist, schreckte 2006 die Öffentlichkeit auf und führte in der Konsequenz zu einer bundesweiten Ausweitung von Angeboten zum Zwecke der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Auch die FES-Folgestudie „Ein Blick in die Mitte – Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland“ traf auf ein anhaltendes öffentliches Interesse, in dessen Folge die Nachfrage aus Politik und Gesellschaft nach weiteren Politikbera-terungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der Stiftung zur Bekämpfung des Rechts-extremismus deutlich anwuchs.

## PRAXISBEISPIEL

### ZUKUNFTSWERKSTATT „WIR IN RHEINSBERG“

Was können wir gemeinsam gegen Rechtsextremismus in der Kommune unternehmen? Um ein deutliches Zeichen für Toleranz und Mitmenschlichkeit zu setzen, führte die Stadt Rheinsberg mit rund 60 lokalen VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft unter dem Titel „Wir in Rheinsberg“ eine zweitägige Zukunftswerkstatt durch, um gemeinsam Perspektiven für eine positive soziale, kulturelle und politische Entwicklung Rheinsbergs zu entwickeln. Dabei entstanden zahlreiche Projekte zur Verbesserung der politischen Kultur und des bürgerschaftlichen Engagements, der Stärkung der lokalen Wirtschaft, des Zusammenwachsens von Stadt und umliegenden Ortsteilen sowie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus, die bis heute nachwirken.

Die Zukunftswerkstatt ist eine partizipative, die Phantasie anregende Methode, um insbesondere Menschen, die wenig Erfahrung mit Prozessen kreativer Entscheidungsfindung haben, gemeinsam zur Entwicklung neuer Ideen und Lösungen für gesellschaftliche Probleme zu befähigen. Die Zukunftswerkstatt besteht aus drei Phasen und wird von einer Moderatorin bzw. einem Moderator begleitet: Sie startet mit der Kritikphase, in welcher der Ist-Zustand analysiert wird. Nach der anschließenden Visionenphase werden in der Umsetzungsphase „ersponnene“ Projekte auf Realisierbarkeit geprüft und konkrete Planungsschritte diskutiert. Die Konzeption der Zukunftswerkstatt basiert auf der Überzeugung, dass Menschen viel mehr Kreativität und Problemlösungspotentiale in sich bergen, als genutzt werden. Diese Ressourcen können mithilfe dieser Methode zur gemeinsamen Lösung gesellschaftlicher Probleme aktiviert werden.



---

## Qualitätsmanagement

---

Als Empfänger öffentlicher Mittel wird die Qualität unserer Arbeit alljährlich durch zahlreiche externe Prüfungen an rund 170 Arbeitstagen pro Jahr evaluiert. Die Prüfinstanzen des Bundes (Bundesrechnungshof, Bundesverwaltungsamt, verschiedene Ministerien), der Länder (Landesrechnungshöfe sowie -ministerien) und das Finanzamt bewerten und dokumentieren dazu eine Bandbreite unterschiedlicher Indikatoren. Sie bestätigen regelmäßig, dass wir unsere Mittel wirtschaftlich und sparsam einsetzen und unsere Aufgaben satzungskonform und gemeinnützig erfüllen. Die Rechnungslegung der Stiftung wurde bisher alljährlich durch externe WirtschaftsprüferInnen ohne Einwände akzeptiert und attestiert.

Erfolgreiche Qualitätssicherung setzt zudem auf die Beteiligung der Betroffenen im Sinne eines Diagnoseverfahrens, das Lernerfolg und Wirkung politischer Bildung fördert, weil es im Unterschied zum bloßen Rankingverfahren Schlüsse zur Verbesserung der Praxis zieht. Deshalb haben wir in der Friedrich-Ebert-Stiftung ein systematisches Qualitätsmanagementverfahren eingeführt. Mit der Methode EFQM (European Foundation for Quality Management) organisieren wir einen kontinuierlichen Prozess der internen Selbstbewertung mit externer Evaluation. Diesem Modell liegt

ein integrales Qualitätsverständnis zugrunde, das sich u. a. durch die Partizipation aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an der Identifizierung und Umsetzung von Projekten zur Qualitätsverbesserung auszeichnet. Seit 2006 hat uns die deutsche Sektion der EFQM ohne Unterbrechung das Gütesiegel „Committed to Excellence“ verliehen. Unsere mittlerweile über 60 umgesetzten Verbesserungsprojekte in allen Fachabteilungen haben dazu beigetragen, dass Qualität und Qualitätsbewusstsein einen selbstverständlichen Platz in der Alltagsarbeit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einnehmen.

Aus Verpflichtung gegenüber unserem Leitbild, unseren Zielgruppen, der Öffentlichkeit und unseren Zuwendungsgebern bleiben Innovation und Qualitätssicherung eine dauernde Aufgabe, damit das Lernen für Soziale Demokratie in der Friedrich-Ebert-Stiftung so wirkungsvoll wie möglich gestaltet wird.



# QUELENNACHWEIS

Bundespräsident Johannes Rau, 2001, Rede anlässlich des Empfangs für die TeilnehmerInnen der internationalen Tagung „Demokratie-Förderungs-Institutionen“ am 26. Juni 2001 im Schloss Bellevue; in: Redeabdruck.

Bundespräsident Roman Herzog, 1995, Ansprache des Bundespräsidenten, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, 1995, 70 Jahre Friedrich-Ebert-Stiftung. Dokumentation der Jubiläumsveranstaltung am 8. März 1995 in Bonn.

Eppler, Erhard, 2005, Auslaufmodell Staat?, Frankfurt.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung e.V. und Heinrich-Böll-Stiftung e.V., 1998, Gemeinsame Erklärung.



## Politische Bildung in der Friedrich-Ebert-Stiftung



[www.fes.de](http://www.fes.de)